

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 22. September 1908.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.50 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 38 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1.10 RM. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zustellungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Zeitungs- und Besprechungszettel 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlußzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Arbeiter für den Frieden.

„Wenn die Arbeiterklasse einig ist, dann ist es vorbei mit der chauvinistischen Hege. Denn in der Hand der Arbeiter liegt heute die Entscheidung über Krieg und Frieden.“ Das stolze Machtbewußtsein, das aus diesen Worten regiert, das ruhigen und besonnenen Führers der deutschen Gewerkschaften, spricht, lebte in jedem, der am Sonntag an der gewaltigen Kundgebung der Berliner Arbeiter teilgenommen hat. Zeigte doch der Verlauf dieser Versammlung, daß die Ideen der proletarischen Solidarität, das Gefühl der internationalen Brüderlichkeit, die aus der Interessengemeinschaft des gesamten Proletariats in seinem Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung entspringen, stark und mächtig genug geworden, um in unmittelbarem politischen Wirken überzugehen. Für die alte Forderung von Karl Marx, daß die Arbeiterklasse mit aller Sorgfalt das ränkevolle Spiel der Diplomatie zu überwachen und der Politik der herrschenden Klassen auch dort, wo sie am unkontrolliertesten und willkürlichsten zu schalten gewohnt ist, den Klassenstandpunkt des Proletariats rückwärtslos entgegenzusetzen hat, für diese Forderung ist jetzt die Zeit der Erfüllung da. Oft genug haben die Gegner uns entgegengehalten, daß nur die deutsche Sozialdemokratie die auswärtige Politik vom Standpunkt der Arbeiterklasse beurteile, während die französischen und englischen Arbeiter angeblich eine „nationale“ Politik treiben sollten. Die sonntägige Demonstration muß auch bei den Natwesten den Glauben an dieses Märchen zerlösen und ihnen zeigen, daß es in der Frage der auswärtigen Politik keinen Unterschied gibt, mögen die Forderungen des Proletariats nun abgefaßt sein in deutscher, französischer oder englischer Sprache. Diese große Versammlung war ein trefflicher Anschauungsunterricht für die herrschenden Klassen in Deutschland und England. Die englischen Gewerkschafter wurden von den deutschen Arbeitern mit so stürmischer Begeisterung begrüßt, daß es allen klar werden mußte, daß an dem gegenseitigen Verständnis der Proletarier der großen Kulturländer jeder Versuch, den chauvinistischen Furor zu entfesseln, kläglich scheitern muß. Die englischen und deutschen Arbeiter haben sich verstanden, wie sich eben Kampfgesossen immer verstehen. Und als die Teilnehmer die Versammlung verließen, da war in ihnen allen das Gefühl lebendig, welche abscheuliche Wahnsinn ein Krieg zwischen denen wäre, die die gemeinsame Klassenlage, die Notwendigkeit des gleichen Kampfes mit den gleichen Mitteln unabhängiger, politischer und gewerkschaftlicher Organisation um das gleiche Ziel zu gleich denkenden, gleich wollenden und gleich handelnden Brüdern macht.

Was aber dieser Versammlung über die große propagandistische Bedeutung hinaus noch ihre unmittelbare politische Wirkung sichert, ist dies, daß sie im Gegensatz zu den Reden und Beteuerungen bürgerlicher Friedenskongresse nicht furchtsam um die konkreten Tatsachen der Politik herumging, sondern neben dem Ziel der Sicherung des Friedens zugleich auch die nächsten Mittel zeigte, um dem Ziele näher zu kommen. Die englischen wie die deutschen Redner waren sich einig darin, daß der Kampf um den Frieden zugleich den Kampf gegen den Militarismus und den Marinismus im eigenen Lande bedeuten müsse. Gegen die Rüstungspolitik und für Verständigung zwischen England und Deutschland zur Einschränkung der Flottenbauten, das war die Forderung, die praktische und unmittelbar zu verwirklichende Forderung, die die Vertreter der Arbeiter beider Länder aufstellten. Und sicherlich wird diese Kundgebung die Stellung verstärken, die die deutsche Sozialdemokratie und die englische Arbeiterpartei in ihrem Kampfe gegen den Militarismus eingenommen haben.

Denn der Militarismus ist der Feind, das Klang aus allen Reden, und der Militarismus ist der Feind — bestätigte der Militarismus selbst. Die deutschen herrschenden Klassen haben der Friedensdemonstration der Arbeiter die Kriegsdemonstration der mobilisierten Berliner Garnison entgegengesetzt. Wenige Tage vorher hatte der Reichskanzler vor dem interparlamentarischen Kongreß seine Friedensrede gehalten. Jetzt war er gezwungen, sich selbst ins Gesicht zu schlagen und der verblüfften Welt den wahren Geist der herrschenden Klassen Deutschlands zu enthüllen. Deutschland ist das Land des Friedens, hieß es noch vor wenigen Tagen. Deutschland ist das Land des Militarismus, lautete das gestrige Dementi. Fürst Bülow, wenn er überhaupt, was ja bei der absolutistischen Unabhängigkeit unseres Militarismus nicht ganz sicher ist, diese Maßregel veranlaßt hat, mag sie gewiß nur ungern veranlaßt haben. Denn selbst er muß wissen, daß sie für das offizielle Deutschland eine entsetzliche Blamage bedeutet, daß in Westeuropa kein Mensch derselben Regierung die Ehrlichkeit ihrer Friedensbeteuerungen glauben wird, die gegen die mächtigste und eindringlichste Kundgebung für den Frieden ihre militärische Macht mobilisiert. Man wird es dort nicht verstehen können, daß der deutsche Militarismus seine eigene Logik besitzt, die über die diplomatischen Bedürfnisse unbedenklich hinwegschreitet, wenn er Gefahr zu wittern beginnt. Wir aber wissen, daß es in

dem großen Kriege zwischen Kapital und Arbeit auch nicht einen Tag lang Waffenstillstand gibt.

Genau, diese merkwürdige Mobilisierung war selbst vom Standpunkt der bürgerlichen auswärtigen Politik ein unverzeihlicher Fehler. Die internationale Stellung Deutschlands ist heute wirklich nicht eine solche, als daß das Mißtrauen des Auslandes noch künstlich verschärft werden dürfte. Aber der Haß und die Furcht vor der sozialdemokratischen Politik, die Wut über das Uebergreifen der Sozialdemokratie auch auf das Gebiet der auswärtigen Politik, das sich unser Absolutismus selbst vorbehalten wähnt, hat die Regierung so um ihre Selbstbeherrschung gebracht, daß sie selbst vor diesem internationalen Skandal nicht zurückschreckte.

Damit aber nichts an dem Bild preussisch-deutscher Zustände fehle, wurde den englischen Delegierten auch Anschauungsunterricht in der preussischen politischen Freiheit gegeben. Unsere große Versammlung war rings umstellt von Polizei zu Fuß und zu Pferde; ein kriegerisches Bild, das den ungewohnten Augen unserer englischen Gäste festsam in die Augen stach. Freilich imponierte ihnen weniger die Polizei, als die überlegene Ruhe, mit der unsere Genossen diese Veranstaltung aufnahmen. Und ihre Verwunderung gehörte nicht den Staatsmännern des Deutschen Reiches, sondern den deutschen Arbeitern, die sich ihre gewaltigen Organisationen all diesen Hindernissen zum Trost geschaffen haben. Ihrer aller Meinung wohl bringt Shackleton, der Präsident der Trade-Unions, zum Ausdruck, wenn er nach einem Telegramm des „Berl. Tagebl.“ schreibt:

„Es war ein Tag, der, glaube ich, bestimmt ist, ein Markstein auf dem Wege des Fortschrittes der englisch-deutschen Freundschaft zu werden. Diejenigen von uns, die an den internationalen Arbeiterkongressen teilgenommen haben, sind wohl schon früher den Führern der deutschen Gewerkschaften begegnet. Heute haben wir zum erstenmal Gelegenheit gehabt, uns über die Gefühle der großen Masse der Arbeiter ein Urteil zu bilden, und es bestätigt vollständig, was wir immer hinsichtlich der Gesinnungen unserer deutschen Arbeiterkameraden vorausgesetzt haben. Natürlich hat das Angebot von Polizei und die ihnen nicht verborgenen geüblichen Zusammenziehung der Truppen gelegentlich einer Friedenskundgebung die Engländer überrascht, aber das Gelächter, mit dem die Polizei bei ihrem Erscheinen auf der Straße empfangen wurde, und die sarkastischen Bemerkungen einzelner deutscher Redner über die Armees und die Polizei sind hoffnungsvolle Zeichen. Wenn ein Volk hinsichtlich gewisser Dinge erst einmal sarkastisch wird, so ist dies ein Beweis dafür, daß es sie nicht mehr ernst nimmt und sie nicht mehr fürchtet.“

Und in der Tat, in dem Kampfe gegen den Militarismus, im Kampfe um die Erhaltung des Friedens bedeutet die gestrige Versammlung eine Würgerschaft für den Erfolg unserer Anstrengungen. Die Internationale marschiert!

Die Demonstranten im Anzuge!

Der sonnenfrohe Sonntag, der so dringend um Genießen der freien Natur einlud, konnte die Arbeiterschaft Berlins nicht abhalten, dem Rufe der Generalkommission der Gewerkschaften und der Partei zu folgen und in gewaltigen Massen ihren unerschütterlichen Willen zur Erhaltung und Sicherung des Friedens aller Welt vernehmbar kundzutun. Das zeigte sich schon stundenlang vor der Versammlungszeit. In allen den großen Straßen, die nach dem Diesensaal in der Hofenheide führen, sah man die Massen herbeiströmen, geleitet von dem einen Gedanken, den Kriegsherrn in der Solidarität der Arbeiterschaft aller Welt einen unüberwindlichen Damm entgegenzusetzen, und unter allen Umständen den Friedenswillen der Völker zum höchsten Gesez zu machen. Darum wurden auch die Abgesandten der englischen Arbeiterschaft und ihre Begleiter auch auf der Straße, als die Vertreter jenes großen Gedankens, mit brausenden Hochrufen begrüßt.

Schon frühzeitig waren Massen von Arbeitern nach dem Versammlungsort „Neue Welt“ geeilt; jede Elektrische, die dort hielt, setzte ihre meisten Passagiere ab; von rechts und links kamen Arbeiter gewandert, viele mit ihren Frauen. Friedlich zogen sie ihres Weges, am Eingang der „Neuen Welt“ begrüßt von den freiwilligen Ordnern der Partei, kennlich an den roten Armbinden.

Krieg dem Frieden!

Bis gegen 10 Uhr glänzte die uniformierte Polizei durch Abwesenheit, dann aber tauchte eine Helmspitze nach der anderen auf und bald kamen sie in ganzen Scharen von allen Seiten herbei. Auch der Zustrom von Arbeitern wurde stärker, und man sah häufig kleine Abteilungen von Polizei, inmitten großer Trupps von Arbeitern, sich nach der „Neue Welt“ zu bewegen. Bald merkte man, daß in der Umgebung des Versammlungsortes, z. B. auf dem Turnplatz und in den Nebenstraßen, Polizeireiter in Vereifachung gehalten wurden, die man unauffällig dort verborgen hatte. Etwa zehn Polizeioffiziere waren in der Nähe der „Neuen Welt“ verteilt, die gar gewichtig auftraten und allerlei anordneten. Beamte mit Fahrrädern standen bereit und wurden zeitweilig hin und her gejagt, um Volkshäfen zu übermitteln, denn an den verschiedenen Straßeneinkreuzungen, bis hinunter nach dem Kaiser-Friedrich-Platz, standen Schutzleute, irgend welcher gefährlichen Dinge gewärtig. Der Ausgang der Straße am Kaiser-Friedrich-Platz wurde von drei Schutzleuten bewacht. Natürlich hörte dort die polizeiliche Fürsorge nicht auf, man schien auf eine Parade der Friedensdemonstranten vorbereitet zu sein.

Je mehr der Mittag vorrückte, desto mehr dominierte die Polizei in der Nähe der „Neuen Welt“, wenn sie sich auch meistens eines höflicheren Tones als sonst befleißigte gegenüber der immer stärker anwachsenden Menge. Zu Zweien patrouillierten die Schutzleute kleine Strecken der Straße ab, und unaufhörlich ertönte das: „Weitergehen, nicht stehenbleiben, immer weitergehen!“ Einige folgten sogar recht artig: „Keine Herren“ und „Ja bitte“; das waren freilich die Ausnahmen, die die sonst herrschende Regel um so mehr bestätigten. Ohne jede ersichtliche Ursache zogen sogar Werrittene auf, etwa ein Duzend, und bald war die große Friedensversammlung recht kriegerisch umstellt.

Die Demonstration in der „Neuen Welt“.

Es ist nicht möglich, auch nur annähernd die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen zu bestimmen, die am Sonntagvormittag nach der „Neuen Welt“ wanderten, um teilzunehmen an der Friedenskundgebung, an dem Austausch brüderlicher Gesinnung zwischen englischen und deutschen Arbeitervertretern. Eine nach Rechnungen zählende Menge drängte sich in dem großen Garten, Tausende wogten auf der Straße, doch nur ein kleiner Bruchteil der gewaltigen Volksmenge, gegen 6000 Personen, hatten im Saale Platz gefunden, der schon einige Stunden vor dem festgesetzten Beginn der Versammlung vollständig gefüllt war.

Als die englische Deputation, begleitet von einigen deutschen Genossen, um 12 auf der Bühne erschien, grüßte sie stürmischer Applaus. Punkt 12 Uhr tauchten auf dem Podium über den Köpfen der englischen Gäste zwei Helmspitzen auf. Sie trübten die Haupter von zwei Polizeibeamten, die gekommen waren, die Versammlung zu überwachen. Das Erscheinen der Polizeiuniformen erregte einiges Aufsehen, denn seit der Geltung des Reichsvereinigungsgeheß hat sich die Polizei in Berlin auch in öffentlichen politischen Versammlungen nicht mehr sehen lassen. Hier, wo es galt, für den Weltfrieden zu demonstrieren, war sie wieder zur Stelle.

Genosse Legien,

der die Versammlung leitete, nahm als erster Redner das Wort. Er sagte: „Wir haben die Ursache dieser Versammlung mit freudigster Genugtuung zu begrüßen. Die englische Arbeiterschaft sendet eine Anzahl ihrer bekanntesten Vertreter zu uns, um mit uns ihre Stimme zu erheben gegen die chauvinistischen Hege, die uns in einen Krieg mit England treiben wollen. — Der Redner verlas die Namen der englischen Delegierten und teilte mit, daß auch Genosse Ansele aus Belgien hier erschienen ist. (Beifall.)“

Die Namen der englischen Gäste sind den deutschen Arbeitern größtenteils bekannt als Vertreter von Gewerkschaften, als Mitglieder des Parlaments und auch als Angehörige dieser beiden Körperschaften. Nicht nur im Namen der Arbeiterschaft Berlins, sondern im Namen der gesamten politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Deutschlands begrüße ich unsere englischen Freunde. (Beifall.) In dieser Stunde blüht das deutsche Proletariat auf unsere Kundgebung und fühlt sich eins mit dem, was wir hier beschließen. — Diese Kundgebung ist die erste ihrer Art, wenn auch nicht die erste Befundung brüderlicher Gesinnung zwischen englischen und deutschen Arbeitern. Schon seit Jahrzehnten besteht die enge Verbindung der organisierten Arbeiterschaft beider Länder. Aber in gewisser Beziehung ist auch das, was sich heute hier abspielt, nicht der erste Vorgang dieser Art. Schon vor 50 Jahren, gelegentlich der Weltausstellung in London, trat auf Anregung von französischen Arbeitervertretern eine internationale Arbeiterkonferenz zusammen. Daraus ist die erste internationale Arbeiterassoziation entstanden. Aber es fehlte noch die internationale Organisation der Arbeiterschaft. Die Parlamente waren der Arbeiterschaft verschlossen, also konnte nur die Idee der internationalen Arbeiterbrüderlichkeit propagiert werden.

Mittlerweile haben sich die Dinge wesentlich geändert. In allen Kulturländern hat sich die Arbeiterbewegung Eingang verschafft. Wir haben jetzt ein Heer von 5 881 000 organisierter Arbeiter. Davon kommen auf England 2 215 000, auf Deutschland 2 106 000, England und Deutschland zusammen weisen also 4 321 000 organisierte Arbeiter auf. Das ist eine gewaltige Macht, die heute hinter der Idee der Arbeiterbrüderung steht. Was den englischen Arbeitern bis vor kurzem noch fehlte, das ist jetzt erreicht: eine selbständige Arbeiterpartei, welche im Parlament die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Wenn wir vor 50 Jahren eine Idee propagierten, so sehen wir heute, daß hinter dieser Idee eine Organisation, eine Macht steht. Deshalb können wir überzeugt sein, daß unsere heutige Demonstration Eindruck nach allen Seiten machen wird. Ist es doch die Arbeiterschaft, in deren Händen die Entscheidung über Krieg und Frieden liegt. (Beifall.) Wenn die Arbeiterschaft der Welt sich einig ist, dann ist es vorbei mit der chauvinistischen Verhegung der Völker. (Rebhafter Beifall.) Darin ist es aus mit der Anzettelung eines Krieges. Aber bei uns in Deutschland hat man seit jeher versucht, die internationale Verbrüderung der Arbeiterschaft zu verhindern. Die Polizei wies entweder die Delegierten anderer Länder, die zu uns kamen, aus, oder sie verbot ihnen, zu sprechen. (Rebhafter Pfui-Rufe.) Diesmal hat man von solchen Maßnahmen abgesehen. Aber die bürgerliche, besonders die konservative Presse versucht, unsere Demonstration herabzuwürdigen. Das wird auf unsere englischen Freunde natürlich keinen Eindruck machen, denn sie kennen die deutsche Arbeiterbewegung besser als sie die konservative Presse kennt. Unsere englischen Freunde wissen die Tätigkeit der organisierten deutschen Arbeiterschaft zu würdigen. Was das Verhältnis der deutschen Arbeiterschaft betrifft, so zeigt ein Blick auf diese Versammlung und auf die Massen, welche draußen stehen, daß wir eine geschlossene Einheit bilden. Gewiß, man versucht durch List und Gewalt, den Fortschritt der Arbeiterbewegung in Deutschland zu hindern. Aber die Arbeiterschaft repräsentiert heute schon eine Macht, mit der die Kriegsherrn rechnen müssen. Ein Beweis dafür sind die militärischen Maßregeln, welche man heute aus Anlaß unserer Demonstration getroffen hat. So, meine englischen Freunde, begeben man in Deutschland seitens der herrschenden Klassen einer Friedensdemonstration. Militärische Rüstungen werden gegen unsere Friedensbewegung aufgebaut. Aber diese Rüstungen sind vollkommen überflüssig. Wir haben nur unsere Brüder, welche den Waffentrost tragen, zu bedauern, daß ihnen durch die Maßnahmen des Militärkommandos der schöne Sonntag

verloren geht. Diese militärischen Rüstungen am heutigen Tage sind ein Beweis dafür, daß der Feind der Arbeiterklasse nicht außerhalb der Landesgrenzen steht; Kapitalismus und Militarismus, das sind die Feinde der Arbeiterklasse! Den Kapitalismus hat die Arbeiterklasse aller Länder gemeinsam zu bekämpfen, nicht aber haben sich die Arbeiter von Land zu Land zu bekämpfen. Dessen sind wir uns bewußt und deshalb wird die heutige Demonstration eine große Wirkung haben. Sie wird Widerhall finden nicht nur bei den Arbeitern Englands und Deutschlands, sondern bei der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Diese Demonstration wird den Kampfesmut der Arbeiterklasse erhöhen, ihre Widerstandskraft gegen den Kapitalismus stärken und sie wird zeigen, daß der sicherste Hort für den Völkerrfrieden die organisierte Arbeiterklasse ist. (Stürmischer Beifall.)

Die Übertragung dieser Rede ins Englische durch den Genossen Edward Bernstein, der auch alle folgenden Reden übersetzte, fand lebhaften Beifall bei den englischen Delegierten.

Hierauf erhielt

Maddison,

der Sekretär der englischen Schiedsgerichtsliga, das Wort. Es ist meine Aufgabe, sagte er, Ihnen eine Adresse zu überreichen, in der die Vertreter der Arbeiter und Arbeiterinnen Englands ihre Empfindungen den deutschen Brüdern und Schwestern ausdrücken. Der Gedanke, welcher unserer Adresse zugrunde liegt, ist der Gedanke des internationalen Friedens, der internationalen Eintracht, wobei alle politischen und ökonomischen Streitigkeiten ausgeklammert sind. Wir suchen in der Adresse den Frieden darzustellen als das materielle Interesse der Arbeiter. Unsere Adresse ist hervorgerufen durch die giftigen Angriffe eines Teils unserer Presse, die in Deutschland nicht ohne Widerhall geblieben sind. Der Zweck unserer Adresse ist, dieser großartigen Versammlung deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen und dadurch der Klasse des deutschen Volkes im Namen der Arbeiterklasse Großbritanniens mitzuteilen, daß wir die Kriegsgefahr verabscheuen, zu welcher Partei sie auch gehören mögen. (Beifall.) Wir wollen Ihnen bekunden, daß die englischen Arbeiter der deutschen Nation keine feindsichtigen Absichten zuschreiben und daß die englischen Arbeiter von der freundschaftlichen Gesinnung der deutschen Arbeiter überzeugt sind, die sie selbst befeuert. Unsere Adresse trägt die Unterschrift von 3000 Namen. Die Zahl hätte noch verdoppelt werden können, wenn es die Zeit erlaubt hätte. Alle bekannten Namen der Vertreter beider Richtungen der englischen Arbeiterbewegung stehen unter der Adresse. Aber die Adresse ist mehr als bloß eine offizielle Kundgebung. Sie zeigt die Namen von Männern und Frauen, welche die Bewegung in ganz England beeinflussen. Unsere Adresse ist nicht eine Folge der Furcht vor der Macht Deutschlands. Furcht ist nicht die charakteristische Eigenschaft der englischen, aber auch nicht der deutschen Arbeiter. Die Adresse ist entsprungen dem Bedürfnis, unserem brüderlichen Empfinden gegenüber den deutschen Arbeitern Ausdruck zu geben. Wir kommen nicht zu Ihnen als Politiker, sondern wir kommen als Engländer zu den Deutschen. In dieser Eigenschaft brandmarken wir den Krieg als ein ebenso nutzloses wie verbrecherisches Beginnen. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen Euch nicht bekämpfen, sondern den Austausch von Produkten mit Euch pflegen. Vom friedlichen, durch Bölle ungehinderten Austausch erwarten wir den Fortschritt der Kultur. Die Arbeiterklasse hat Interesse am Frieden. — England und Deutschland sind überlastet durch Rüstungen. Es ist Zeit, daß wir uns der Kriegsausgaben entledigen, damit das Geld, welches dafür ausgegeben wird, für friedliche Arbeiten verwendet werden kann. Wir sind der Auffassung, daß eine internationale Verständigung möglich und daß sie eine dauernde Bürgschaft für den Weltfrieden ist. In diesem Sinne ersuchen wir Sie, unsere Adresse entgegenzunehmen. In dem wir Ihnen die Bruderhand reichen, bitten wir Sie, dafür zu wirken, daß durch Erledigung internationaler Streitigkeiten durch Schiedsgerichte der Sieg der Vernunft über die rohe Gewalt herbeigeführt wird. (Stürmischer Beifall.)

Am Schluß seiner Rede überreichte Maddison die Adresse dem Vorsitzenden Begien. Dieser verlas die Adresse. Sie lautet:

Die Arbeiter Britanniens an die Arbeiter Deutschlands.

Brüder!

Früher wurden Kriege gewöhnlich durch die dynastischen Streitigkeiten von Monarchen, die Intrigen und Fäulereien von Staatsmännern, religiösen Hader und Verfolgungen oder Rassenvorurteile verursacht. Einige dieser Ursachen gibt es freilich noch immer als mächtige Quellen des Unheils, aber heute übt der Zell der Presse die unheilvollste Wirkung aus, welchen prinzipienlose Kapitalisten besitzen und beherrschen, und die häufigen Versuche dieser Blätter, zwischen Euren und unserem Lande Zwietracht heraufzubekommen, schmerzen uns; aber wir versichern Euch, daß zu diesen unheilvollen Versuchen weder der Anstoß von den Arbeitern Britanniens gegeben worden ist, noch daß sie sie gutheißen. Viele Jahre wirkte man erfolgreich in dieser unheilvollen Weise, Zwiespalt zwischen den Arbeitern Frankreichs und uns säend, indem man die Leute in beiden Ländern lehrete, einander zu hassen und ihre Mittel durch Wett-eifer in Militarismus und Rüstungen zu vergeuden, deren fast unerschöpfbare Kosten das britische und das französische Volk zu tragen hatten. Nicht nur diese vergeudeten Millionen wurden von den Arbeitern erpreht, sondern durch Generationen hindurch belämpften und töteten sich die Leute beider Länder wie Wilde, und die einzigen Personen, die aus dem Blutbade Ruhm zogen, waren die Wucherer und die Klassen, die selbstsüchtige Zwecke verfolgten. Die große Masse bezahlte und kämpfte; die besitzende Klasse heimste die Frucht ihrer sinnigen Arbeit ein. Schließlich jedoch, nach langen Jahren unermüdlicher Anstrengung, ist durch einen zwischen den beiden Ländern geschlossenen Schiedsgerichtsvertrag der Friede gesichert. Dieser Vertrag ist ein

Triumph für die Arbeiter Britanniens und Frankreichs, denn sie waren es, die, trotz Schmach und Hohn, vor 37 Jahren den Weg bahnten und schließlich erreichten, daß er angenommen wurde. Dem Vertrage folgte schnell eine von der britischen und von der französischen Regierung einberufene Konferenz, die leicht Mittel und Wege fand, alle wichtigen Streitigkeiten zwischen unserem Vaterlande und Frankreich aus der Welt zu schaffen. Der Bericht dieser Konferenz wurde vom französischen und vom britischen Parlament ratifiziert, mit dem Resultate, daß die in beiden Ländern gehegte Furcht vor einer Invasion nicht mehr existiert, zum Nachteil der Wessenspieler und der Verbreiter blinder Lärms, jedoch zum Vorteil der Arbeiterklasse im allgemeinen. Was kann die Arbeiter Deutschlands und Britanniens hindern zu tun, was Frankreich und Britanniens getan haben?

Zwischen Euch und uns gibt es weder Streitigkeiten noch Ursache zu Streitigkeiten miteinander.

Es ist nicht allein unser Wunsch, sondern es liegt auch in unserem Interesse, daß zwischen uns ungetriebene Eintracht herrsche, und doch erfindet und verbreitet eine Reihe von Zeitungen, in beiden Ländern wesentlich behaftete Darstellungen mit Bezug auf das Uebelwollen der Deutschen und gegenüber und unser Uebelwollen Euch gegenüber. Solche Gefühle mögen vielleicht kriegslustige Journalisten und andere selbstsüchtige Personen hegen, aber die Arbeiter, die Euch, den Arbeitern Deutschlands, die Hand der Freundschaft entgegenstrecken, teilen sie nicht.

Freudig erregt über den Fortschritt, den man mit dem Prinzip des Schiedsgerichtsverfahrens gemacht hat, dessen Durchführung einen Ausweg bei der Beilegung von Streitigkeiten bedeutet, wünschen diejenigen, die mit dieser brüderlichen Bol-

tschaft Euch nahen und alle, die unter dieses Schriftstück ihren Namen gesetzt haben, aufrichtig, dieselben freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Britannien zu schaffen, die jetzt zwischen unserem Vaterlande und Frankreich herrschen. In diesem Geiste und mit dieser Hoffnung kommen wir zu Euch. Wenn auch bei vielen von uns die politischen, sozialen und religiösen Ansichten auseinander gehen, sind wir einig in dem Glauben, daß der Friede nicht nur der Lebensodem ist, sondern die erste und unerläßliche Bedingung des Fortschritts. Stolz in diesem Glauben wollen wir noch ein Glied an

die Kette menschlicher Brüderlichkeit

schmieden, und die Kette, welche das deutsche mit dem britischen Volk verbindet, so stark machen, daß die vereinigten Mächte der Zwietracht nicht imstande sind, sie zu zerreißen.

Jedoch ist all unser Hoffen und Trachten, so wichtig es auch sein mag, von geringer Bedeutung im Vergleich mit der mächtigen Aufgabe, die drückende, von Militarismus und durch kostspielige Rüstungen auferlegte Bürde zu erleichtern.

Wir glauben, daß mit geringen Ausnahmen Monarchen und Staatsmänner wirklich danach streben, den Krieg zu vermeiden, obgleich manche derselben sonderbare Ansichten über die besten Mittel und Wege zur Erhaltung des Friedens haben; aber, was auch immer die Ansicht der Herrscher sein möge, die Erzeuger des Wohlstandes haben alle Ursache, Streitigkeiten beizulegen, ohne einander zu bekämpfen. Sie sind nicht schuld an den Zwistigkeiten der Nationen, aber sie haben die Kriegskosten zu bezahlen und ihr Blut zu vergießen.

Wir haben nicht den Auftrag, für die Arbeiter Frankreichs zu sprechen, doch, wie wir sie kennen, dürfen wir wohl dem Glauben Ausdruck geben, daß sie freudig die mit uns geschlossene Verbrüderung auf Euch ausdehnen würden, und wenn sich die Arbeiter Britanniens, Frankreichs und Deutschlands zusammenschließen in dem Verlangen, daß an Stelle des Krieges das Schiedsgerichtsverfahren treten soll, dann wird der verderbliche Einfluß der Ausbeuter und der Verbreiter blinder Lärms und ihrer Organe geschwächt, läuft der Friede Europas weniger Gefahr, gebrochen zu werden, und aus den Taschen der Arbeiter zöge man nicht mehr Millionen, um sie an Rüstungen zu verschwenden.

Es würde uns freuen, wenn Ihr mit uns in Türaustausch eintreten oder unseren Besuch erwidern wöllt.

Durch lebhaften Beifall nach Schluß der Verlesung bekundete die Versammlung, daß sie von denselben Gefühlen befeuert ist, welche in der Adresse zum Ausdruck kommen.

Richard Fisher

beantwortete an Stelle des Genossen Singer, der verhindert war zu erscheinen, die Adresse der englischen Delegation. Er sagte ungefähr: Wenn in England Arbeiter zusammentreten, um ihre politischen Rechte zu wahren oder für sie zu demonstrieren, dann tun sie es als gleichberechtigte Bürger eines freien Landes. Wenn aber in Deutschland die Arbeiter Hand in Hand mit ihren englischen Brüdern für den Frieden demonstrieren wollen, dann glaubt die Regierung zeigen zu müssen, daß die Arbeiter minderen Rechts, daß sie Bürger zweiter Klasse sind. Nicht als Politiker, sondern als Arbeiter zu arbeiten sind unsere englischen Freunde gekommen. Wir aber treiben Parteipolitik und müssen deshalb den Wunsch, der uns aus England dargebracht wird, in gewisser Weise unter dem Parteigesichtspunkte beantworten. Wenn die englischen Arbeiter ebenso unbedrückt wären wie es die deutschen Arbeiter sind, dann kämen sie zu uns, von demselben politischen Geist befeuert, mit dem die deutschen Arbeiter erfüllt sind. Was, was im deutschen Reich die Arbeiter fordern in ihrem Klasseninteresse an politischen Rechten und auf sozialem Gebiete, wird nur vertreten und kann nur vertreten werden im Rahmen der Massenpolitik der Arbeiter, im Rahmen der sozialdemokratischen Politik. — Hier an dieser Stelle stehen wir auf historischem Boden. Hier sollte vor zwei Jahren der französische Genosse Jaures sprechen in demselben Sinne der Freundschaft und Solidarität, den uns heute die englischen Brüder bekundet haben. Jaures, der das meiste getan hat, um die deutschfeindlichen Bestrebungen der französischen Chauvinisten zu vereiteln, er, der mit seiner ganzen Persönlichkeit dafür eintrat, der seine Popularität aufs Spiel setzte, um die Kriegstreiber seiner chauvinistischen Landsleute zu vereiteln, wolle bei uns dem Geist des Friedens und der Freundschaft Ausdruck geben. Und was tat die deutsche Regierung? Sie verbot ihm, zu den deutschen Arbeitern zu sprechen. (Lebhafte Pfui-Rufe.) Jetzt sehen wir, daß die Regierung die Pfoten des Reichstages öffnet und den internationalen Vertretern der Friedensbewegung das Wort geben muß. Gewiß, das sind bürgerliche Vertreter und deshalb werden sie anders behandelt wie die Vertreter der Arbeiter. Aber das wesentliche ist, daß der berufene Vertreter des deutschen Reiches zur Aussprache über die Friedensidee die Tore des Reichstages öffnet, derselben Idee, der er noch vor zwei Jahren an dieser Stelle den Maulkorb angelegt hat. Wir sehen also, daß die Idee Fortschritte gemacht hat. — Nicht als Politiker sind die englischen Freunde gekommen, sondern als Vertreter einer Idee, die jeder fördern muß, der am Kulturfortschritt mitwirken will. In den Kreisen und Herzen der Arbeiter diesseits und jenseits des Kanals hat diese Idee mehr als in den Köpfen und Herzen anderer Wurzel geschlagen. Wenn die englischen Delegierten den Gedanken aussprechen, daß es bei gutem Willen möglich sein muß, auch für die Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland einen Weg der Vermittlung zu finden, wie er zwischen Frankreich und England bereits gefunden ist, so sind sie der Zustimmung der deutschen Arbeiter sicher, und wir sind überzeugt, auch der Zustimmung der französischen Arbeiter. Das ist ja die große Idee, die wir vertreten: Der Feind der Arbeiter liegt nicht jenseits der Grenzen, sondern der Ausbeuter im eigenen Lande ist der Feind der Arbeiter, die mit den Arbeitsbrüdern aller Länder durch gemeinsame Interessen gegen den gemeinsamen Feind, das kapitalistische Ausbeutertum, verbunden sind. (Lebhafte Beifall.) Wir sind der Überzeugung, daß die Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität und der Klasse Brüder sein müssen. Dadurch ist der Friede garantiert. — Auch in Deutschland gibt es eine Presse, die darauf ausgeht, Gegensätze zwischen den Nationen hervorzuheben. Wir haben Unternehmerrgruppen, die an internationalen Feindseligkeiten finanziell interessiert sind. Man hat uns von jener Seite erzählt, die englische Industrie sei der Feind der deutschen Industrie, die englische treibe die deutsche Industrie vom Weltmarkt. Das ist ein sinnloses Gerücht, es sieht man schon daraus, daß Deutschland jährlich für eine Milliarde nach England, und mit Einschluß der englischen Kolonien 1½ Milliarden ausführt, und daß England für 900 Millionen nach Deutschland ausführt. Und da spricht man von entgegengesetzten Interessen beider Länder. Nein, gemeinsam sind unsere Interessen. Schon das muß uns veranlassen, für friedliche Beziehungen mit England einzutreten. Aber noch ein anderer Grund spricht dafür. England ist in industrieller und kultureller Hinsicht unser Lehrenter. England war auch unser Lehrenter in der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse. Die englischen Gewerkschaften waren, wie Karl Marx sagt, die Preisrichter der Arbeiterklasse der ganzen Welt. — Aber nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf geistigem Gebiet herrscht eine Ideen- und Interessengemeinschaft zwischen beiden Nationen. Neben unseren größten Dichtern Schiller und Goethe gilt Shakespears als Nationaldichter der Deutschen. Die Gedanken des englischen Philosophen Duns sind es, auf denen der deutsche Denker Kant weitergebaut hat. Wir können auch daran erinnern, daß es unser großer Dichter Schiller war, der Englands politische Freiheit den Deutschen als nachahmenswerter geschildert hat. In seinem Gedicht: „Die unüberwindliche Flotte“ hat er England als das Paradies der Freiheit bezeichnet, wo die Bürger zu Königen und die

Könige zu Bürgern geworden sind. — Wenn die Engländer von den Kriegstreibern ihrer Zeitungsblätter sprachen, so muß daran erinnert werden, daß auch in Deutschland die Politik eine Zeitlang einen Weg ging, der Uebelwollenden einen Vorwand gab, Deutschland feindseliger Bestrebungen gegen England zu beschuldigen. Man braucht nur an die Politik der Altpreußen zu denken, die eine Flotte verlangten, so groß und stark, daß sie der Flotte Englands überlegen wäre. Weil die Verwirklichung dieses Verlangens schließlich selbst den Altpreußen unmöglich schien, so traten sie ein für ein Bündnis Deutschlands mit Rußland und Frankreich, deren Flotten gemeinsam der englischen Flotte überlegen sein sollten. Aber das deutsche Volk hat diesem verbrecherischen Treiben Widerstand geleistet. Weiter sei daran erinnert, daß der „Admiral des Atlantischen Ozeans“ dem „Admiral des Stillen Ozeans“ telegraphische Grüße sandte. Aber wenige Wochen nach diesem Gruß verfügte der „Admiral des Stillen Ozeans“ nicht mehr über einen arbeitsfähigen Kahn.

Angeichts der Kriegstreiber müssen sich die englischen mit den deutschen Arbeitern verbinden und weiter muß der Gedanke entstehen: England, Frankreich und Deutschland sind eins in ihrer Arbeiterklasse. — Es ist nicht bloß die Berliner politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse, sondern die Arbeiterklasse ganz Deutschlands, welche die Grüße und die frohe Volkshoffnung der englischen Arbeitervertreter entgegennimmt und sich in Freundschaft und Solidarität mit ihnen verbunden fühlt. Der soeben beendete Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hat demselben Gedanken Ausdruck gegeben durch Annahme einer Resolution. Auch wir schlagen der heutigen Versammlung eine in demselben Sinne gehaltene Resolution zur Annahme vor. Sie lautet:

„Die in den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei organisierte Arbeiterklasse Berlins begrüßt die Delegation der englischen Arbeiterklasse aus herzlichster und nimmt die von ihnen überbrachte Adresse als Ausdruck der brüderlichen Solidarität entgegen. In voller Uebereinstimmung mit dem Begehren der politischen Vertretung der Klassenbewegten Arbeiterklasse Deutschlands erklärt sie:

Das gemeingefährliche und verbrecherische Treiben bestimmter Kreise, zwei Kulturvölker, wie das englische und das deutsche, gegenseitig zu verheizen und zum Kriege aufzufachen, dient nur den engherzigsten und kurzschichtigsten Interessen der ausbeutenden und herrschenden Klassen.

Es steht im schroffsten Gegensatz zu der Gesinnung internationaler Brüderlichkeit der ausgebeuteten Massen aller Nationalitäten, welche durch die enge Solidarität der Interessen miteinander verbunden sind.

Angeichts der Opfer an Gut und Blut, welche jeder Krieg in erster Linie den werktätigen Massen auferlegt, und der ungeheuren materiellen wie kulturellen Schädigungen, welche er für die Gesamtheit des Volkes mit sich bringt; angeichts der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge, denen zufolge jeder Konflikt zwischen zwei Kulturnationen die Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt:

verspricht sich die heutige Versammlung, entsprechend der Resolution des internationalen Kongresses in Stuttgart, Hand in Hand mit der englischen Arbeiterklasse mit allen in Verdad kommenden Mitteln dahin zu wirken, daß der chauvinistische Geist überwunden und der Friede gesichert wird.“

Keine bessere Antwort auf die Adresse der englischen Delegation können wir geben, als die Annahme dieser Resolution. Wenn die englischen Arbeitervertreter in ihrer Heimat berichten, welche Begeisterung ihre Volkshoffnung bei uns gefunden hat, so können wir annehmen, daß diese Kundgebung dazu beitragen wird, die Bewegung zu fördern, welche die Arbeiter aller Länder umfassen soll. (Stürmischer Beifall.)

Chadleton,

Präsident des Trade-Unionkongresses, sprach im Namen der zwei Millionen Arbeiter, welche auf dem englischen Gewerkschaftskongress vertreten waren. Als britische Arbeiter treten wir vor Sie hin, um gemeinsam mit Ihnen die Bestrebungen derer zu bekämpfen, welche Ruhm in gewalttätigen Eroberungen suchen. Die große Macht der Kapitalistenklasse brüht überall auf die Arbeiter. Mit aller Energie sind wir bestrebt, unsere Arbeitsgenossen emporzuheben auf eine höhere Stufe der Kultur. Kriege und Kriegstreiber sind die größten Feinde der Arbeiter, denn sie lenken die Arbeiter ab von ihren Bestrebungen, durch soziale und wirtschaftliche Reformen ihre Lage zu verbessern. Die ungeheuren Kosten der Kriege trocken die Quellen des nationalen Wohlstandes aus. Unsere Aufgabe ist es, nicht nur gegen den Krieg zu wirken, sondern auch für Herabsetzung der Ausgaben für Heer und Flotte einzutreten. Die Arbeiter unseres Landes sind für eine beträchtliche Herabsetzung der Rüstungen. Wir arbeiten für das Ideal des internationalen Schiedsgerichts, welches die Streitigkeiten der Völker entscheidet, und dadurch ein Ende macht der barbarischen Abschachtung von Männern, die keine anderen Gefühle haben, als die gegenseitiger Gemeinschaft und Brüderlichkeit. (Beifall.) Julang war das Wort Patriot verbunden mit dem Begriff von Krieg und Herführung. Ein anderes Ideal gewinnt Geltung. Der größte Patriot ist der, der sein Land und sein Volk vor allen Möglichkeiten des Krieges bewahrt. Ich hoffe, daß der Geist der Brüderlichkeit zunimmt, der allein den internationalen Frieden verbürgen kann. (Großer Beifall.)

Appleton,

Sekretär der General-Federation der Gewerkschaften Englands, brachte die besonderen Grüße und Friedensbedürfnisse der 700 000 Arbeiter dar, welche dem Verband der Gewerkschaften angeschlossen sind. 100 000 organisierte Eisenbahner, welche dem Verbands angehören, haben ebenfalls eine Friedensresolution angenommen und wünschen, daß die deutschen Arbeiter davon Kenntnis erhalten, daß die englischen Eisenbahner von demselben Gefühle des Friedens und der Freundschaft befeuert sind, wie die übrigen Arbeiter. — Es wird oft gesagt, die Engländer trügen ein provokierendes Benehmen zur Schau. Vielleicht ist etwas Wahres daran. Wir sind vielleicht ein zu feines und zu feinfühliges Volk. Aber die Deutschen sollten nicht vergessen, daß sie und wir gemeinsamer Abstammung sind und daß wir unangelegentlich, aber auch manche Fehler gemein haben. Aber die Verschwiegenheit, die dennoch zwischen uns besteht, sind kein Grund zur Feindschaft oder gar zum Kriege. Wenn es schon sein mag, für das Wohl seines Landes zu streben, so ist es schöner und erhabener, sich in den Dienst der Menschheit zu stellen. (Großer Beifall.)

Allen,

Präsident des englischen Genossenschaftstages, sprach im Namen der Genossenschaften, der stärksten und machtvollsten Organisation für wirtschaftliche Zwecke. Die Genossenschaften umfassen 2½ Millionen Mitglieder (Wapen), das ist ein Fünftel der erwachsenen Einwohner Englands. Die Genossenschaftsbewegung hat seit je auf der Seite der Friedensbestrebungen gestanden und die Bestrebungen unterstützt, welche das Wohl einer Klasse nicht nur, sondern das der ganzen Menschheit erstreben. Die Genossenschaften Englands und fünf anderer Nationen sind zu einer Konferenz zusammengetreten, um das Problem des gemeinsamen internationalen Einlaufs und des Austauschs solcher Waren zu lösen, welche die Arbeitergenossenschaften selbst produzieren. Wir sind gewillt, Anteil zu nehmen an allen Erklärungen internationaler Brüderlichkeit. Wenn wir die Gesellschaft ausbauen wollen auf der Basis der Brüderlichkeit, dann müssen wir lernen, alle Menschen hoch zu achten. Durch Kriege kann die Welt nichts gewinnen, sondern nur verlieren. Solange das Kapital herrscht, wird der Krieg nicht beendigt. Darum müssen wir uns vereinen, um das Kapital zu entthronen. Das Volk muß sein eigenes Kapital sein. — Wir sind bereit, uns allen Bestrebungen anzuschließen, welche die Menschheit erheben und fördern können und dafür zu sorgen, daß die Eintracht zwischen den Nationen nicht gestört werde. (Lebhafte Beifall.)

Der letzte Teil der Versammlung, die bis 1/3 Uhr im Saale getagt hatte, wurde

Im Garten

abgehalten, der noch von vielen Tausenden besetzt war. Von drei Tribünen an verschiedenen Stellen des Gartens sprachen gleichzeitig die englischen Delegierten Ward, Sekretär der Kanal- und Erdarbeiter-Union, Kelleh, Sekretär des Lithographen-Verbandes, und Frazer, Präsident des Schuhmacherverbandes. — Hierauf wurde die vom Genossen Fischer empfohlene Resolution einstimmig angenommen.

Mit begeisterten Hochrufen auf den Völkervereinigungsschlachtfeld der Versammlung.

Lebhafte Ovationen wurden den englischen Delegierten dargebracht. Mit Hochrufen und Hüteschwenken grüßte die Menge die Vertreter der englischen Arbeiterbrüder, und diese erwiderten die aus warmempfundener Solidarität entsprungene Kundgebung mit ebenso herzlichen Grüßen.

Nach der Versammlung.

Es dauerte lange, bis nach 3 Uhr, als die brausenden Hochs am Schluß der Versammlung auf der Straße widerhallten, und nun drängten die Massen heraus. Arbeiterlieder erklangen, die Marschmärsche voran. Wo sich die englischen Abgeordneten zeigten, wurden ihnen Ovationen dargebracht. Die Stimmung der Masse war feierlich und friedlich. Eifriger als je aber liefen die Schulleute umher und riefen ihr monoton: „Weitergehen, nicht stehenbleiben!“ Unbeweglich hielten die Peritonen auf ihren Nossen, und gespannt beobachteten die Polizeioffiziere, wie sich die Massen zerteilten. Kein Zug bildete sich, keine Straßenparade, keine geschlossenen Reihen zogen auf. Die Polizei schien von diesem Ergebnis enttäuscht zu sein, denn ihre großen Anstrengungen erwiesen sich als vollständig überflüssig und nutzlos. Man hätte ebenso gut zu Hause bleiben können.

Die Verteidigung von Berlin!

Wie wenn ein feindliches Kriegsheer nach dem Innern der Stadt im Anzuge wäre, hieß die Polizei die Straßen und Stege, die über den Landwehrkanal führen, besetzt und spähten unablässig mit weit aufgerissenen Augen über das Wasser von einer Brücke zur anderen, von der anderen zur nächsten, ob nicht der „Feind“ — d. h. die Scharen der Friedensdemonstranten — Niene machte, nach der Stadt zu ziehen, um hier die Ruhe und Ordnung, wie sie nach preussischen Polizeibegriffen aussehen muß, in Gefahr zu bringen. Darum führen auch andere Polizeibeamte auf Märschen hin und her, in schnellstem Tempo, als gälte es, immerfort ungeheuer Wichtiges über die Bewegungen eines furchtbaren feindlichen Heeres zu melden, jederzeit bereit zu sein, die in umliegenden Gebäuden versteckten Mannschaften zu kühner Tat herbeizurufen. Die Besorgnis muß ungeheuer groß gewesen sein. Sah man doch noch um 5 Uhr die bewaffneten Männer an den Brücken stehen und unablässig nach dem „Feind“ ausschauen, obwohl doch die Massen der Friedensfreunde schon vor 4 Uhr von dannen gegangen waren.

In der Stadt selbst hatte die Polizei einen eisernen, wenn auch ziemlich unsichtbaren Ring um das königliche Schloß gezogen und Hof und Weisige schützten die stille Höhe, wo Fürsten stehen. Schon um die neunte Morgenstunde blühten auffallend viel Bickelhäuben im prächtigen Septembersonnenschein, und Polizeizugführer huschten eifertig und mit überaus wichtiger Miene hin und her. Auch die bekannten Gestalten, mit dem Aussehen pommerischer Gutsinspektoren, grünes Hüchchen und Toppe, nebst martialischem Schnauzbart, waren zahlreich unter das lustwandelnde Publikum verstreut. Hellblaue Leutnants und Hauptleute mit Feldherrnbild tauchten bald hier, bald dort auf.

Fliegende Wachen waren zur Genüge eingerichtet, um die bedrohte Monarchie zu schützen. So weit wir übersehen konnten befanden sich solche an folgenden Stellen: Im Wartesaal 3. Klasse des Bahnhofes Alexanderplatz; im hinteren Teil der Universität gegenüber der akademischen Lesehalle, wimmelte es von Delinquenten; sogar in der Universitäts-Frauenklinik in der Artilleriestraße war eine Wache. In der Vorhalle, da wo sich das Postamt befindet, strömten ununterbrochen Mannschaften hinein. Im Marzfall waren solche zu Fuß und zu Pferde untergebracht, und es mußte Lächeln hervorgerufen, wie die Retter des Vaterlandes mit grimmigster Miene neben den ungeduldig Hampfenden und scharrenden Nossen standen. Nur einen Blick konnten wir in das Allerheiligste des Schloßhofes werfen, wo eine große Anzahl Geheimpolizisten sich um einen Polizeioffizier scharte, als auch schon die schnarrende Aufforderung erklang: „Weitergehen! Nicht da hineingucken!“ Wir hatten aber schon gesehen, was uns interessierte. In der Rationallgalerie, in der Privatwohnung des Fürstener, sah man rechts und links schnur gerade Reihen von berben Kommissäres, blühenden Säbelspizen und Helmen. Ein schlanker Leutnant stand an der Tür und blinzelte unmutig in die Sonne. Dasselbe Bild im Museum, wo die Stützen des Thrones im Souterrain sich gelangweilt in der Nase bohren. Wie eine grimme Fronte wirkte es aber, als im Dom die Gloden mit ehernen Jungen die Trommen und Nichtkommen zusammenriefen, den allmächtigen, allwissenden und allgütigen Herrn zu loben und zu preisen, ohne dessen Willen kein Spatz vom Dache fällt, und unten im Gotteshaus, tief unter dem Schall der menschlichen Rede, sich Schuhmann um Schuhmann sammelte, ohne Zahl. Und während oben der Diener Gottes die Lehre jenes großen Kazarreners verkündete, der da sagte: „Liebet die, die Euch hassen!“, harrten unten im Keller Duhende von Schulheuten mit Revolvern und scharfgeschliffenen Säbeln des Augenblids, wo ihnen das Kommando zum Gegenteile gegeben würde.

Die Engländer und die Polizei.

Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen. — so lautet ja das bekannte Sprichwort. Nun hat unsere heutige Zeit wenig an Romantik; es erhebt sich im allgemeinen auf Reisen nichts Außerordentliches. Aber, wo der Einheimische achtlos an den Dingen vorübergeht, fallen diese dem Fremden in die Augen. Und das ist ja der Gewinn des Reisens, Eindrücke in sich aufzunehmen, Vergleiche mit den heimischen Verhältnissen anzustellen. Wir sehen z. B. kaum noch die große Zahl Uniformierter aller Art, die Beamten der Polizei, Post, die Straßenbahner usw., und die vielen Militärs. Dem Engländer aber fällt das auf, da er bei sich zu Hause Uniformen nur ganz wenig begegnet. Tragen doch da selbst die Postbeamten nur eine Uniformmütze, die Cambruschiffner gehen gänzlich in Zivil. Und außer den Polizeibeamten gibt es wohl überhaupt keine Gruppe von Beamten weiter, der die Post einer Uniform (denn für die Engländer bedeutet sie eine Post) zugemutet wird.

Es ist deswegen nicht verwunderlich, was uns ein mit der Führung der englischen Delegation befreundeter Genosse hierüber mitteilt. Derselbe schreibt:

„Ich hatte einen der englischen Delegierten, der sich in der „Neuen Welt“ verspätet hatte, per Auto nach dem Gewerkschaftshaus der Hirsch-Dunkerstraße in der Greifswalder Straße zu bringen. Wir überholten ganze Truppen von Schulheuten zu Fuß und zu Pferde, Polizeioffiziere, die in der Hasenheide oder in der nächsten Umgebung wegen der Friedensversammlung stationiert gewesen waren. Verwundert fragte mich der Engländer, was denn alle diese Uniformierten zu bedeuten hätten, ob es Soldaten wären usw. Ich gab ausweichende Antworten, weil ich mich als Deutscher schämte, dem feinen Engländer unsere ganze Schmach einzugestehen (das ist unser Patriotismus, daß wir uns schämen). Mit einem gewissen Recht mag

man mich vielleicht spotten, denn man sollte den Ausländern wohl die Wahrheit sagen, Preußen-Deutschland der allgemeinen Verachtung preisgegeben — das einzige Mittel, Besserung herbeizuführen. Aber genug, die Scham überweg diesmal bei mir und ich würgte die Empörung in mich hinein.“

Auch der Verband der Deutschen Gewerkschaften Hirsch-Dunker hatte Sonntag zum Zweck der Friedensdemonstration seine Anhänger und Freunde zusammenberufen. Doch wiewohl anderes Bild, als am Mittag der Südenberlins, boten die Straßen in der Nähe des liberalen Gewerkschaftshauses in der Greifswalder Straße, von dessen Front riesige Fahnen in den deutschen Reichsfarben herabwallten. Die Greifswalder Straße hatte selbst um 3 Uhr, dem Zeitpunkt der Anberaumung, kein anderes Aussehen, als sonst am Sonntagnachmittag. Nur hier und da an den Straßenecken und hinter den hohen Erdwällen der aufgewühlten, im Umbau befindlichen Straße sah man einen Schuttmann, und ein Polizeioffizier hielt auf bevorzugtem Posten Wacht. Dadurch wurden Spaziergänger aufmerksam, ohne sich lange aufzuhalten. Nur vereinzelte Neugierige harrten der Ankunft der Autos, welche nach 3 1/2 Uhr die englischen Arbeiterführer brachten. Inzwischen hatten sich der Saal und die Nebenräume gefüllt. Etwa 1000 Personen, wohl meist Gewerkschaftsmitglieder, waren zugegen, als die Versammlung gegen 4 Uhr eröffnet wurde. Als Ehrengast war der ehemalige Staatsminister von Verleypsch erschienen. Herr Hartmann, der Vorsitzende des Generalrats, hieß die englischen Gäste willkommen, deren Erscheinen lebhaft begrüßt worden war. — Von diesen nahmen auch hier die Herren Raddison, Shackleton, J. A. Allen und Appleton das Wort zu der Adresse, die überreicht wurde. Die Ausführungen waren die gleichen, wie in der „Neuen Welt“. Sie wurden mit großem Beifall aufgenommen. — Herr Goldschmidt, der Verbandsvorsitzende, beantwortete die Ansprachen und die Adresse der englischen Friedensfreunde.

Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung billigt die Antwort des Generalrats auf die Adresse und bringt erneut zum Ausdruck, daß die deutsche Arbeiterschaft in Frieden und Freundschaft leben will mit allen Kulturnationen, insbesondere mit dem Volke Großbritanniens. Unsere Parole ist: Krieg dem Kriege — hoch die Arbeit — für Fortschritt und Kultur im friedlichen Wettstreit der Völker.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. September 1908.

Intellektuelle und sittliche Größen des Reichsverbandes.

Der ehrfame Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat Pech. Sein großer Führer und Stratege, der General v. Liebert lapriziert sich in lornischer Ueberschätzung seiner Pöhligkeit immer mehr darauf, der Welt den Beweis zu liefern, daß zum Generalwerden und zur Leitung antisozialdemokratischer, patriotischer Vereine in Preußen gleich wenig Verstand gehört. Nachdem Herr Liebert tagelang zu dem Bericht der „Völkervereinigung“ über seine Kommerzkredes geschwiegen hat, entdeckt er jetzt plötzlich, daß er doch nicht so ganz das gesagt hat, was ihn das Potsdamer Blatt hat sagen lassen. Nach seiner Berichtigung will er gesagt haben:

„Der Sieg von Sedan war nicht nur ein militärischer, sondern auch ein Sieg des Protestantismus über den Ultramontanismus. Ich erinnere an die Kaiserin Eugenie, die diesen Krieg als „ma petite guerre“ bezeichnete. Dem Siege von Sedan verdanken wir die Idee des deutschen Kaiserthums, denn unmittelbar nach Sedan forderten Treisäfte und andere Patrioten das Aufleben der Kaiserwürde.“

Wir wissen nicht, ob Herr v. Liebert sich wirklich so geäußert hat; sein Gedächtnis ist bekanntlich etwas kurz; aber selbst, wenn dieser Wortlaut richtig sein sollte, so wäre es auch noch so, denn der Unterschied zwischen dieser und der anderen Lesart ist so winzig, daß er kaum in Betracht kommt.

Aber der Reichsverband hat nicht nur insofern Pech, als sein führender Stratege sich als ein kuriose Politiker erweist, auf den selbst die nationalliberalen Blätter mit mittelbiger Geringschätzung herabschauen; auch die Art und Weise, in der der Reichsverband die Sozialdemokratie bekämpft, steht wieder mal am Pranger. Nachdem schon früher so manche seiner Größen zweiten, dritten, vierten Ranges sich als verkommenen Subjekte erwiesen haben und ins Gefängnis wandern mußten, hat sich jetzt auch herausgestellt, daß der Reichsverband höchstwahrscheinlich mit dem jetzt in Chemnitz zu 10 Monaten Gefängnis verurteilten Expremier Amandus Schubert paktiert hat und ihm bei der Herausgabe seiner Broschüre zur Rettung der deutschen vaterländischen Ehrenhaftigkeit behilflich gewesen ist.

Ein netzliches Pech! Monatslang ist Amandus Schubert vom Reichsverband als der stillschweigende Mann gepriesen worden, der aus Ingerimm über die Unmoral in der Leitung der Chemnitzer Ortskrankenkasse sich zu der großen stillschweigenden Tat aufgerafft hat, die Mißwirtschaft bei dieser Kasse vor die Öffentlichkeit zu bringen, und nun stellt sich heraus, daß dieser große, vom Reichsverband so hoch geschätzte Ertzler nicht nur die betreffende Broschüre nicht selbst geschrieben hat, sondern daß er nichts anderes ist, als ein ganz gewöhnlicher Expremier.

So geht eine sittliche Größe des Reichsverbandes nach der anderen flöten. —

Sydows Empfänge.

Wie wenig in Deutschland das Bewußtsein für konstitutionelle Rechte entwickelt ist, zeigt am besten die Tatsache, daß die Empfänge der Vertreter bürgerlicher Parteien bei Herrn v. Sydow, um die geheimen Pläne über die Finanzreform zu erfahren, in der bürgerlichen Presse kein Wort der Kritik gefunden haben. Die Regierung hat sich diesmal nicht darauf beschränkt, die Führer ihrer Majorität zu sich zu entbieten. Auch ein Teil der Opposition, nämlich das Zentrum, durfte seine Vertreter entsenden. Ausgeschlossen waren nur die Sozialdemokraten. Nun stehen wir sicher nicht im Verdacht, uns um einen Ministerempfang zu bemühen. Wogegen wir aber mit allem Nachdruck protestieren müssen, ist, daß sich die Regierung erlaubt, die parlamentarischen Parteien in zwei Gruppen zu teilen, in privilegierte Parteien, die rechtzeitig über die Regierungsvorlagen unterrichtet werden, und in entrechtete Parteien, die dann um so leichter überrumpelt werden können. In der Tat bedeutet dieses Vorgehen, daß den Vertretern der deutschen Arbeiterklasse auch noch die Gleichberechtigung innerhalb des Parlaments, die bisher respektiert worden ist, in der unverschämtesten Weise geraubt wird. Würden unsere bürgerlichen Parteien überhaupt etwas übrig haben für die Würde einer Volksvertretung, so müßten sie selbst es mit aller Entschiedenheit ablehnen, daß die Reichstagsverhandlungen zu einer Komödie herabgedrückt werden, deren Ergebnis schon längst vorher in einer geheimen Verschwörung der Regierung mit einzelnen Parlamentariern ausgemacht worden ist. Es ist ein Unfug sondergleichen, wenn diese Herren, die

ins Parlament gewählt worden sind, um die Interessen des Volkes zu vertreten, statt mit allem Nachdruck darauf zu bestehen, daß die Steuerpläne der Regierung endlich bekannt gegeben werden, sich auf ein Schweigegebot einlassen und damit zu Mitschuldigen an der Verheimlichung und dem Ueberrumpelungsversuch der Regierung werden. Wenn die Abgeordneten unterrichtet worden sind, so haben sie unserer Meinung nach überhaupt nicht mehr das Recht, zu schweigen. Tun sie es dennoch, so degradieren sie sich damit zu subalternen Bürokraten der Regierung, denen ein Minister ein Amtsgeheimnis auferlegen darf. Hätten sie etwas Pflichtbewußtsein, so hätten sie auf alle geheimen Informationen verzichtet und mit aller Entschiedenheit die Veröffentlichung der Regierungsvorlagen verlangen müssen. Aber die bürgerlichen Abgeordneten fühlen sich schon lange mehr als Handlanger der Regierung und nicht als Vertreter des Volkes.

Die Landtagswahlen in Oldenburg.

Aus Oldenburg wird uns geschrieben:

Donnerstag, Freitag und Sonnabend fanden in Oldenburg die Wahlmännertreffen für die Mitte Oktober stattfindenden Abgeordnetenwahlen statt. Soweit sich bisher übersehen läßt, werden in den neuen Landtag mehr Agrarier einziehen, als bisher in demselben saßen. Die Sozialdemokratie hat den Wahlkreis Rühringen behauptet, doch das Mandat im Fürstentum Lütten verlor. Voraussichtlich wird sie jedoch dafür ein Mandat im Fürstentum Wierfeld gewinnen. Da Rühringen jetzt vier (bisher drei) Abgeordnete in den Landtag schickt, so wird sich die Zahl unserer Siege demnach um einen vermehren.

Im 1. Wahlkreis (Oldenburg) hat sich unsere Stimmenzahl gegen die letzte Wahl im Jahre 1906 etwas erhöht (von 1220 auf 1800), doch stehen dort 31 sozialdemokratische Wahlmänner 104 bürgerlichen gegenüber. 54 von diesen sind allein in der Stadt Oldenburg gewählt, die somit die Mehrheit hat. Die Zeitung des „Vestliner Tageblatt“, daß die dortigen Liberalen, um Kandidaten durchzubringen, ein Kompromiß schließen müssen, ist also falsch.

Gewaltige Anstrengungen haben die Agrarier besonders im 2. Wahlkreis (Delmenhorst) gemacht. Sozialdemokraten und Linksliberale hatten dort ein Kompromiß geschlossen, um einen Sieg der Agrarier zu verhindern. Obwohl in der Stadt Delmenhorst die Liste der Agrarier siegte, haben die Agrarier alle anderen Orte dieses Wahlkreises gewonnen und werden somit 6 Abgeordnete entsenden. Unsere Stimmenzahl ist annähernd die gleiche geblieben (1400 im Jahre 1906). Die Gegner haben dort über 900 Stimmen gewonnen.

Einen guten Stimmenzuwachs hat der 3. Wahlkreis (Wulfenbüden) aufzuweisen, wo unsere Stimmen von 200 auf über 400 gestiegen sind; die der Gegner von 400 auf über 500.

Der 4. Wahlkreis (Varel) hat uns einen Verlust von etwa 100 Stimmen gebracht, während die Gegner etwa 200 Stimmen mehr erzielten.

Im 5. Wahlkreis (Zever) haben wir ungefähr dieselbe Anzahl Stimmen (250) wie 1906 erhalten; die gegnerischen Stimmen aber stiegen von 200 auf etwa 500.

In Rühringen wurden 1889 sozialdemokratische Stimmen (1006; 1404) und 600 (141) bürgerliche abgegeben.

Das katholische Münsterland bildet den 6. und 7. Wahlkreis, dort ist Zentrum Krumpf und werden dessen Wahlmänner, meist ohne eine Gegenliste, mit wenigen Stimmen gewählt.

Wie schon oben erwähnt, verlieren wir das Mandat im Fürstentum Lütten und können dafür auf eins aus dem Fürstentum Wierfeld rechnen. Dort hat sich besonders in Oberstein unsere Stimmenzahl erhöht auf 270 gegenüber 187 bürgerlichen (nicht Wahlmänner, wie es in unserer Sonnabendnummer hieß).

Alles in allem haben wir, soweit sich bis jetzt feststellen läßt, etwa 100 Stimmen gewonnen, die bürgerlichen Parteien jedoch etwa 1500. Den größten Teil des Zuwachses erhielt der Bund der Landwirte, der wochenlang seine Agitatoren im Lande herumfandte.

Ob sich im neuen Landtag eine Mehrheit für das direkte Wahlrecht und das neue Schulgesetz finden wird, läßt sich noch nicht sagen.

Neue Zwistigkeiten im Flottenverein.

Die „Reimlinge“ im Deutschen Flottenverein können sich noch immer nicht darüber beruhigen, daß ihr „großer“ Reim kaltgestellt worden ist und an seiner Stelle der Admiral v. Köster das Präsidium übernommen hat. Besonders ist ihnen der Vorstand des bayerischen Landesverbandes des Flottenvereins verhaßt, da in diesem die Hauptgegner Reims das Wort führen. Die gestern in Rudolfsstadt abgehaltene Hauptversammlung des „Reimfreundlichen“ Landesverbandes für das Großherzogtum Sachsen hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Hauptversammlung des Landesverbandes des Großherzogtums Sachsen erhebt vom Präsidium und vom Präsidenten Großadmiral v. Köster zuverfänglich, daß der in Danzig gefaßten Resolution ohne jeden Vorbehalt in allen Landesverbänden Geltung verleiht wird, und daß der Deutsche Flottenverein wieder im Sinne des alten Kurzes seiner für die Nation so wichtigen Tätigkeit zugeführt wird, die durch die Streitigkeiten der letzten Jahre so schwer unterbrochen worden ist. Zugleich erklärt die Landesversammlung schon heute, zu der Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins in Nürnberg 1909 keine Vertreter entsenden zu können, wenn die Herren: Reichsrat Freiherr v. Duerghatz, Kammerherr Spieh und Regierungsrat v. Braune den Vorstand im bayerischen Landesverband ausüben, gleichviel, ob sie in Nürnberg anwesend sein werden oder nicht. Die Landesversammlung erklart in diesen Herren eine Gefahr für die Einigkeit des Deutschen Flottenvereins. Wenn etwa dem Landesverband der Besuch der Hauptversammlung und damit die Mitarbeit an der Entwicklung des Vereins unmöglich gemacht wird, so steht die Landesversammlung nicht an, zu erklären, daß damit ihr weiteres Verbleiben im Deutschen Flottenverein ausgeschlossen ist.“

Reform des preussischen Vergerechts.

Die „Neu pol. Tagesbeob.“ meldet, daß gegenwärtig in der Vergerechtsabteilung des Handelsministeriums mit den Vorarbeiten zu einer Neugestaltung des Vergerechtes begonnen wird.

Die Reform wird sich vor allem nach zwei Richtungen erstrecken. Es soll einmal eine Änderung in der Organisation der Vergerechtsbehörden eintreten, indem getrennte Behörden geschaffen werden für den Vergerechtsbetrieb und für die staatliche Aufsichtsbefugnis. Ferner soll gegen Entscheidungen der Vergerechtsbehörden das Verwaltungsstreitverfahren eingeführt werden. Diese letztere Reform aber wird die Ursache sein, daß eine baldige Vorlage des neuen Vergerechtes nicht zu erwarten ist, da das gegenwärtige Verwaltungsstreitverfahren im Rahmen der Reorganisation der inneren Verwaltung möglicherweise ebenfalls eine Umgestaltung erfahren wird. Und bevor hierfür die Grundzüge nicht feststehen, kann naturgemäß auch dieser Teil des neuen Vergerechtes nicht zum Abschluß gebracht werden. Es ist ferner wahrscheinlich, daß die in der letzten Novelle zum Vergerechtes vorgesehene Regelung der Verleumdung von

Steinkohlefeldern durch ein besonderes Gesetz auch im Zusammen-
hang mit der Reuregierung des Berggesetzes erledigt wird. —

Antisemitische Ueberreste.

Die Ueberreste der einst in Sachsen stark und mächtig ge-
wesenen Reformpartei waren am Sonntag in Riesa zu einer Jahres-
hauptversammlung zusammen. Die 72 Delegierten dürften wohl
näherrnd den ganzen Bestand der Reformpartei ausgemacht haben.
Von den Beschlüssen sei erwähnt, daß eine Resolution angenommen
wurde, die von der sächsischen Regierung verlangt, daß die Ein-
wanderung von Juden eingeschränkt wird; insbesondere soll ihnen
der Besuch der höheren Bildungsinstitutionen erschwert werden. Ein
anderer Teilnehmer, ein biederer Schieferbedeckmeister, forderte, die
antisemitischen Abgeordneten sollen im Reichstag eine Couponsteuer
vorschlagen. Gegen diesen Vorschlag erhob sich Widerspruch,
namentlich der Justizrat Schmaus-Weipzig, hob hervor, daß eine
Couponsteuer in erster Linie den Mittelstand
treffen wird. Wenn das richtig ist, dann kann es mit dem
Mittelstand doch nicht so überaus schlecht bestellt sein, denn wer in
er Lage ist, Coupons abzuschneiden, dem dürfte es immerhin noch
evident wohl ergehen.

Die sächsischen Antisemiten leisten sich auch einen Schammeister,
dem die Verwahrung des Massenbestandes jedenfalls kein besonderes
Kopfschmerzen macht. Ueber die Massenverhältnisse selbst ist nichts
in die Öffentlichkeit gedrungen. —

Die Wirkung der Fahrkartensteuer.

Die Einnahmen der preussischen Staatsbahnen sind im August
dieses Jahres um 3/4 Millionen Mark hinter den Einnahmen im
Monat August des Vorjahres zurückgeblieben. Die ersten fünf Monate
des laufenden Jahres haben gegenüber den ersten fünf Monaten
des Vorjahres eine Verminderung der Einnahmen um nahezu acht
Millionen erbracht.

Wenn dieser Ausfall auch zum Teil daher rührt, daß durch die
Krisis der Frachtverkehr gelitten hat, so hat doch zu diesem Rück-
gänge der Einnahmen auch die Fahrkartensteuer wesentlich mit be-
tragen. —

Auch ein Finanzgenie.

Der Schatzsekretär Sydow hat sich auch den antisemitischen Ab-
geordneten Zimmermann aus Dresden als Steuerfachverständigen
kommen lassen. Damit hat Herr Sydow zweifellos einen sehr guten
Griff getan, denn auf finanziellen Gebieten hat Herr Zimmermann
zweifellos ganz hervorragende Erfahrungen. Als Direktor der
antisemitischen „Wacht“, des Organs der sächsischen Reformen, hatte
er es in überaus kurzer Zeit verstanden, mit den vorhandenen
Mitteln gründlich aufzuklären. Der Erfolg war, daß das anti-
semitische Organ von der Wiltfläche verschwand. Oder sollte ihn
Herr Sydow nicht als Sachverständigen, sondern als Leidens-
gefährten in der Defizitwirtschaft eingeladen haben? —

Fürst Eulenburg im Privat-Sanatorium.

Nach einer neuerlichen eingehenden ärztlichen Untersuchung ist es
so wird uns aus zuverlässiger Quelle gemeldet — völlig aus-
geschlossen, daß Fürst Eulenburg, der bekanntlich am 1. Oktober d. J.
die Charité wegen „Raummangel“ verlassen muß, in das Unter-
suchungsgelände eingeliefert wird. Die Ärzte erklären den
Patienten noch immer für schwerkrank und halten eine fort-
währende ärztliche Ueberwachung für dringend geboten. Aber auch
nach Liebenberg zurück wird Fürst Eulenburg nicht geschafft
werden, obgleich er es sehr wünscht. Es heißt vielmehr, daß
die Abfuhr besteht, den kranken Fürsten in einem Privat-
Sanatorium in der Marien-Lutherstraße unter-
zubringen. Der Sohn des Fürsten soll sich mit jenem Sanatorium
schon in Verbindung gesetzt und die Vorbereitungen zu der Ueber-
siedelung getroffen haben. Ein amtlicher Bescheid über die
Entlassung des Fürsten aus der Charité ist vom Gericht bisher noch
nicht bei der Charitéverwaltung eingegangen. —

Der Gefreite als Vorgesetzter.

Zu welcher Selbstherrlichkeit und zu welchem Größenwahnsinn
ver preussische militärische Drill militär simple Gefreite verleitet,
zeigte in recht drastischer Weise eine Kriegsgerichtsverhandlung,
welche sich am 17. d. M. vor dem Oberkriegsgericht in Thorn ab-
spielte. Angeklagt war der Gefreite Paul Orth von der dritten
Kompanie des 11. Infanterie-Regiments wegen Verletzung
zweier Einjährigfreiwilliger. In seiner Eigenschaft als Vorgesetzter
hatte Orth den Einjährigern stud. phil. L. als „dreißiges
Schwein“ und „dickfellige Sau“ tituliert. Den Ein-
jährigen Oberlehrer Dr. R. hatte er als „dummen
Jungen“ bezeichnet und ihn außerdem beim Geschä-
geregieren mit der Faust in die Seite gestoßen und ge-
schüttelt, daß ihm alle Glieder wackelten. Der Angeklagte
war in der ersten Instanz zu drei Tagen Mittelarrest
verurteilt worden. Auf seine und des Richters Verurteilung
wurde die Sache noch einmal verhandelt. Der Vertreter der An-
klage hob besonders hervor, daß es sich um schwere Verleidi-
gungen gegen gesellschaftlich höher stehende Schicht
handelte und beantragte 5 Wochen. Das Gericht gelangte zu einer
Verurteilung zu 14 Tagen Mittelarrest.

Wie aus dem Plädoyer des Anklägers hervorging, sollte die
Verurteilung hauptsächlich deshalb eintreten, weil es sich hier um die
Angehörigen einer im bürgerlichen Leben höher stehenden Schicht
handelte. Daraus ergibt sich also, daß die Herren Vorgesetzten, vom
Gefreiten aufwärts, Arbeitern gegenüber einen größeren Schimpf-
und Prügelraum haben. Militärische Logik! —

Schulmännerorganisation unter Polizeiaufsicht. Der Stadt-
magistrat Bohrenth genehmigte den Beitritt der Schulleute zu dem
bayerischen Schulmännerverband. Er machte jedoch zur Bedingung,
daß ihm von jeder Nummer des Verbandsorgans ein Exemplar zur
„Kontrolle“ übermittelt wird. —

Berlin und Detmold.

Zwischen dem Kaiser und dem Lippschen Fürstenhause bestehen,
wie bekannt, nicht gerade die besten Beziehungen. Neuerdings
scheinen sie sich aber noch mehr verschlechtert zu haben, denn nach
der „Lippischen Landeszeitung“ hat der Prinz Bernhard, der vor
wenigen Monaten zum Eskadronchef im Infanterieregiment Landgraf
Friedrich II. von Hessen-Homburg (2. Kurhessisches) Nr. 14 in Kassel
ernannte Bruder des regierenden Fürsten, sein Abschiedsgesuch ein-
gereicht, wie man sagt, aus dienstlichen und persönlichen Gründen.
Diese Gründe sollen sich in erster Linie an die jüngsten Kavallerie-
übungen in der Senne knüpfen, an denen sich auch Prinz Bernhard
mit seiner Schwadron beteiligte. Während dieser Übungen führte
sich der Prinz in einer solchen Weise zurückgesetzt und
gekränkt, daß er sofort sein Abschiedsgesuch einreichte. Bisher
ist eine Entscheidung des Kaisers noch nicht erfolgt.

Landtagsergänzung im Kreise Londern.

Bei der heutigen Landtagsergänzung für den verstorbenen
nationalliberalen Abgeordneten Hedderich wurde Dr. Schifferer (natl.)
mit 121 Stimmen gewählt. Nachdem die Freistimmen und die
Dänen sich entschlossen hatten, sich der Abstimmung zu enthalten,
war dieses Resultat vorauszusetzen. —

Dr. Viktor Hintelen.

In Friedenau ist gestern der ehemalige Reichstags- und Landtags-
abgeordnete Geheimrat Oberjustizrat Dr. Viktor Hintelen im
Alter von 82 Jahren gestorben.

Nachdem Hintelen es in seiner juristischen Karriere bis zum
Obertribunalrat und Oberjustizrat beim Kammergericht gebracht
hatte, trat er 1880 zum Reichsgericht über, wo er bis 1882 Mitglied
der III. Senate war; hierauf nahm er, einen Platz im sächsischen
Gerichtshof ablehnend, wieder eine Stelle als Rat beim Kammer-
gericht ein. Seine parlamentarische Tätigkeit hat er erst in höherem
Lebensalter begonnen. Erst 1883 entwandte ihn der Wahlbezirk
Koblenz 2 (Neuwied-Altenkirchen), 1888 Aachen-Luxemburg als Zentrum-
mitglied in das preussische Abgeordnetenhaus, im Reichstage vertrat
er von 1894 bis 1906 den Stadt- und Landkreis Trier. —

England.

Die Nachwahl in Newcastle.

London, 18. September. In den letzten acht Tagen
hat sich die Lage in Newcastle erheblich geändert, so daß unser
Urteil über die Haltung der Arbeiterpartei in dieser Frage
nicht mehr zutrifft. Der Vorstand der Partei hat die von
der lokalen Organisation aufgestellte Kandidatur nicht be-
stätigt, da er offenbar keinen Konflikt mit der liberalen Partei
wünscht. Die Selbstständigkeit der Arbeiter-
partei läßt also noch manches zu wünschen
übrig.

Um aber den sozialistischen Arbeitern die Gelegenheit zu
geben, nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen, hat die Sozial-
demokratische Partei den Genossen Hartley aus Bradford
als Kandidaten aufgestellt. Hartley verdient den besten Er-
folg, da er zu den klarsten Sozialdemokraten gehört und sich
über den Wert des Parlamentarismus nicht täuscht. Er hielt
bereits seine Kandidatenrede, die er mit folgender Anekdote
begann: Ein Reisender, der auf einem Strome fuhr, fiel aus
seinem Boote. In den Ufern standen mehrere Leute, die
ihm allerlei Ratschläge zu seiner Rettung erteilten. Manche
schrien ihm zu, er sollte rechts schwimmen, andere wieder
rieten ihm, nach links zu schwimmen. Der Unglückliche ver-
suchte diesen Ratschlägen zu folgen, aber er sah keine Rettung.
Da rief ihm ein Mann zu: „Stelle Dich auf Deine Füße!“
Er richtete sich auf und siehe da! Das Wasser reichte ihm
nur bis an die Arme. Der ins Wasser Gestürzte ist das
Proletariat. Die Zuschauer sind teils Konservative, teils
Liberale. Aber der Mann, der ihm den richtigen Ratschlag
erteilte, ist der Sozialdemokrat, der dem Proletariat zuruft:
„Sei selbständig; stehe auf deinen eigenen Füßen und
kämpfe dich durch.“

Die Lokalorganisationen der Independent Labour Party
beschlossen, den Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei
zu unterstützen.

Die Wahl findet am 24. d. Mts. statt. Die Kandidaten
sind: Short (liberal), Kenwid (konservativ und schu-
zöllnerisch), Hartley (Sozialdemokrat).

Auf einen Sieg Hartleys ist schwer zu rechnen. Hinzu
kommt noch, daß er auf alle bei englischen Wahlen gebräuch-
lichen Agitationsmittel verzichtet und vor allem auf die Verbreitung
von sozialistischen Lehren abzielt.

Schweden.

Neue Siege der Sozialdemokratie.

Am Freitag wählte Göteborg, die zweitgrößte Stadt des
Landes, ihre neun Abgeordneten zur Zweiten Kammer. Unsere Ge-
nossen hatten mit den entschiedenen Liberalen eine gemeinsame
Liste aufgestellt, die allerdings nur zwei sozialdemokratische Kan-
didaten enthielt, und zwar den bisherigen Abgeordneten Lindblad,
Redakteur der „Ny Tid“, und den Volksschullehrer Kristens-
son. Diese Liste siegte, so daß unsere Partei nicht nur ihr
altes Mandat behauptet, sondern auch ein neues erobert hat.
Ein weiteres Mandat eroberten unsere Genossen in Lands-
krona, wo ebenfalls ein sozialdemokratischer Volks-
schullehrer, Genosse Walden, gewählt wurde und zwar
an Stelle eines konservativen Konfess, der den Kreis
bisher vertrat. Damit sind bis jetzt 20 Sozialdemokraten
gewählt, unter ihnen 10 wiedergewählte und 10 neu-
gewählte. Von den neuen Mandaten haben unsere Genossen
5 den Konservativen abgenommen, 4 den Liberalen und eines in
einem neugebildeten Wahlkreis erobert. Die liberale Zeitung
„Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning“ rechnet damit, daß die neue zweite
Kammer sich aus 78 Konservativen, 12 Gemäßigten, 108 Liberalen
und 32 Sozialdemokraten zusammensetzen wird. Vielleicht
wird die Zahl der Sozialdemokraten noch etwas größer werden,
denn in den Kreisen, die noch zur Wahl stehen, hatten unsere Ge-
nossen bisher schon 7 Abgeordnete. —

Spanien.

Salmeron gestorben.

Barcelona, 21. September. Der frühere spanische Minister
Salmeron ist hier gestorben. Salmeron war der Führer der spanischen Republikaner. Im
Jahre 1873 war er während der Republik Justizminister, eine
kurze Zeitlang auch Ministerpräsident.

Türkei.

Der Eisenbahnerstreik.

Konstantinopel, 21. September. Die ausständigen An-
gestellten der Orientbahn weigern sich, Delegierte zur
Besprechung der Lage an die Direktion zu entsenden und ver-
langen die Annahme aller ihrer Forderungen.
Die Regierung beschloß, zu energischen Gegen-
maßnahmen zu greifen. Der hiesige Bahnhof sowie alle
Stationen der Bahn werden militärisch besetzt.

Konstantinopel, 20. September. Die streikenden An-
gestellten der Orientbahnen beharren auf ihren Forderungen.
Für die Kaufmannschaft und die Verproviantierung der
Stadt bringt der Streik große Schwierigkeiten.
Auch die Nachrichten aus kleinen Orten lauten wenig be-
friedigend.

Gewaltmaßnahmen?

Konstantinopel, 20. September. Die Regierung teilte
den diplomatischen Vertretern mit, daß sie entschlossen sei,
falls die streikenden Angestellten der Orientbahn nicht Ver-
nunft annehmen, alle Bahnangestellte fremder
Nationalität aus der Türkei auszuweisen.

Persien.

Der renitente Schah.

London, 21. September. Wie die „Times“ vom gestrigen
Tage aus Teheran melden, hat der Schah die russisch-
englische Note am Sonnabend beantwortet. Das Blatt
will aus guter Quelle wissen, daß die Antwort unbefrie-

digend sei und praktisch auf eine Belagerung hinaus-
laufe, die Verfassung zu erneuern, solange die
Provinz Azerbeidjan nicht bezwungen sei. —

Das schlechte Beispiel.

Petersburg, 20. September. Der Schah von Persien teilte
offiziell der russischen Regierung mit, er werde das Wahl-
gesetz durch ein Edikt erneuern und die Medschlis, gemäß des Ver-
trages der englisch-russischen Note einberufen und in allem dem
Jaren nachahmen. —

Amerika.

Politische Korruption.

Die republikanische Partei hat einen sätteren Schlag er-
litten. Der bekannte Zeitungsherausgeber Hearst veröffentlichte
Briefe, aus denen unwiderleglich hervorgeht, daß der
republikanische Senator Joseph D. Foraker ein
Werkzeug des Petroleumtrusts Rockefeller
gewesen ist. Foraker hat von dem Trust etwa 80 000 Dollar
(zirka 340 000 Mark) Bestechungsgelder erhalten,
um die Gesetzgebung den Interessen des Trusts dien-
bar zu machen. Foraker gibt zu, einen Teil dieser
Summe erhalten zu haben, behauptet aber natürlich, daß dies
nur für erlaubte Dienste geschähe sei. Da diese Recht-
fertigung mehr als ein Geständnis bedeutet, dürfte der Rück-
tritt Forakers vom politischen Leben unausbleiblich sein.
Hearst behauptet übrigens, auch Beweismaterial gegen andere
vom Petroleumtrust bestochene Politiker zu besitzen. Es ist
klar, daß diese Enthüllungen, die großes Aufsehen erregen,
die Chancen des republikanischen Wahlsieges vermindern. —

Verleumder der Sozialdemokratie als Erpresser vor Gericht.

Chemnitz, 19. September.

Der dritte Verhandlungstag brachte das Urteil gegen das
Erpressertrio. Es lautete gegen Amandus Schubert auf
1 Jahr 4 Monate, gegen seinen Bruder Ammon Schubert
und gegen Paul Rabe auf je 9 Monate Gefängnis.
Ferner wurden jedem die bürgerlichen Ehren-
rechte auf zwei Jahre aberkannt. Wegen Amandus
Schubert wäre das Urteil noch härter ausgefallen, wenn
alle Fälle der Anklage durch die Zeugenaussagen präziser
nachgewiesen worden wären; zwar bestand auch nach
Ansicht des Gerichts in diesen — es handelte sich um vier —
Fällen erheblicher Verdacht, daß Amandus erpresserisch vorgegangen
sei, doch lauteten die Zeugenaussagen nicht so bestimmt als in der
Voruntersuchung. Deshalb wurde insoweit auf Freisprechung er-
kannt. Der volle Beweis der gemeinschaftlichen, versuchten und
vollendeten Erpressung, in einem Falle aller drei Angeklagten, in
den anderen des Amandus und Rabe, wurde aber erbracht.
In dem Falle der vollendeten Erpressung handelte es sich
um 1200 Mark, die die Erpresser einem 84 Jahre alten
kranken Manne durch Drohungen abgenommen hatten. Die
anderen Fälle lagen milder, doch wurde in allen Fällen mit
unangenehmer Frechheit und Beharrlichkeit von den Erpressern operiert.
Selbst der Verteidiger des Amandus gab zu, daß es sich um nicht
leichte Fälle handelte, und wie Bedauern Klang es, als der Vor-
sitzende bei der Urteilsbegründung sagte, es sei nur Gefängnisstrafe
zulässig, deshalb habe man hoch greifen müssen. Die gemeine
Gesinnung des Amandus Schubert, dem als
Haupttäter bezeichneten Erpresser, wurde vom
Voritzenden ganz besonders gekennzeichnet.

Im Prozeß handelte es sich, wie der Bericht gezeigt hat, um
Verbrechen gewöhnlicher Art. Das ihm den Anspruch auf all-
gemeines öffentliches Interesse verlieh, war die Tatsache, daß der
Hauptschuldige der Herausgeber der bekannten Eubelschrift gegen die
Ortskrankenkasse Chemnitz, gegen das Selbstverwaltungsbrecht und
gegen die Sozialdemokratie ist. Amandus Schubert und Paul
Rabe, der Mitangeklagte, galten vor der Öffentlichkeit bisher
als die Verfasser der Broschüre. „Aber über diesen beiden
schwebt ein Dritter“, sagte im Laufe der Verhandlung
der Vorsitzende. Und dieser Dritte wurde als der
Dr. Woelfer entlarvt. Aber auch dieser scheint nur eine Zwischen-
person zu sein; allem Anschein hatten Schubert und Rabe noch andere
schöne Beziehungen, nämlich zum Reichsverband gegen die Sozial-
demokratie. Aber noch weitere interessante Dinge kamen an den
Tag. Rabe war nämlich dem von ihm auch als Erpresser-
objekt benutzten Dr. Kröber, dem Vertrauens-
arzt der Chemnitzer Ortskrankenkasse, vor,
daß er gegen zwei Kassenbeamte und den Vor-
sitzenden Hauschild intrigiert habe. Wenn Dr.
Kröber das etwa bestreiten sollte, da könnten die
Akten des Stadtrats Schwamkrug beigezogen
werden, in denen ein diese Angelegenheit betreffender Brief von
Dr. Kröber zu finden sei. Auffälligerweise schwieg Dr. Kröber
zu diesem für ihn und sein Vertragsverhältnis zur Kasse so
schwerwiegenden Vorwurf, so daß die Annahme nicht von
der Hand zu weisen ist, daß der Vorwurf Rades Tatsachen enthält.
Wertwärdig ist ferner, daß Rabe so genau in des Stadtrats
Schwamkrug Akten Bescheid weiß. Wie kommt er dazu? Sollte
das nicht so manches erklären, was bisher rätselhaft erschienen ist?
Das „Material“ des Stadtrats Schwamkrug, des ehemaligen
Dezernenten des Versicherungsamtes, hat jedenfalls auch durch das
Erpressertrio Amandus Schubert und Paul Rabe „wertvolle“
Vereicherungen erhalten. Bei der Leichtgläubigkeit, mit der Stadt-
rat Schwamkrug alles gegen den Kassenvorstand zu benutzende
Material aufnahm und zur Grundlage seiner Entschlüsse gegen
den Kassenvorstand machte, hatten die Leute vom „na-
tionalen Wahlauschuh“ leichtes Spiel. Zu diesen
gehörte auch das Erpressertrio Amandus
Schubert und Rabe, die nun unmöglich geworden sind, wie
auch der Stadtrat keine Vorbeeren geerntet hat; das Dezernat
Versicherungsamt hat er abgeben und dafür das — — Grubenamt
nehmen müssen. —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Proletarierrisik.

Glücksbad, 21. September. (B. G.) Auf der Beche „Hugo“
geriet ein Bergmann unter Gesteinsmassen und wurde sofort getötet.

Hagen (Westfalen), 21. September. (B. G.) Als gestern
abend ein Bierwagen der Bittermannsbrauerei nach Hause fuhr,
brach ein Rad des Wagens. Der Wagen kippte um und die zwei
Bierfahrer wurden auf die Straße geschleudert. Der eine erlitt
eine schwere Kopfverletzung, während der andere eine
schlechte Verletzung der Wirbelsäule erlitt. Ein in der Nähe befind-
liches Kind wurde leicht verletzt.

Der Parteitag von Florenz.

Rom, 17. September. (Eig. Ber.)

Als die italienische Partei vor 12 Jahren einen Parteitag in Florenz abhielt, ging sie gerade aus der großen Krise der Crispi-

Als die italienische Partei vor 12 Jahren einen Parteitag in Florenz abhielt, ging sie gerade aus der großen Krise der Crispi-

Wie in der Natur der Kampf der Arten gerade unter denen am

Wenn die Integralisten, deren Führer Morgari ist, der Nach-

Die Punkte 3 und 4 der Tagesordnung — Verhältnis zur Ge-

In Bezug auf das Verhältnis zu den Gewerkschaften sind die Unterschiede minimal. Zum Beispiel lehnen alle

Kleines Feuilleton.

Eine neue Straße des Weltverkehrs. Im Laufe dieses Monats noch wird eine neue Verkehrsstraße in den Weltverkehr einbezogen

Da haben wir die Revolutionäre, die in der Tagesordnung Lazzari

Von links nach rechts gehend kommt als nächste Schattierung

Bei den Reformisten haben wir wieder ein ähnliches Reform-

Bemerkenswert ist, daß über die Hauptpunkte des Wahl-

In Bezug auf die Stellung der Syndikalisten in der Partei

Wie der Hauptkampf sich um die Bestgründung des „Avanti“

erbracht ist, daß auch das Seewasser und die Abfälle auf dem

Theater.

Das Berliner Theater gab am Sonnabend als dritte Probevorstellung

bis zum Januar 1909 ist die Auflage beständig gesunken, seitdem

An den Verhandlungen in Florenz wird eine geringere Delegierten-

Alle Anzeichen deuten darauf, daß auch diesmal die Mehrheit

Der Parteitag in der Parteipresse.

Erst eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Parteiblättern

„Schwäbischen Tagblatt“ (Stuttgart)

schreibt k. aus Nürnberg: Dieser Passus (der Vorstandesresolution) berücksichtigt

Die Redaktion sagt im Anschluß daran: Die Voraussetzung einer einheitlichen Aktion ist die

Humor und Satire. Heute und Morgen.

Alte, rime, Freundenträne! Hebe dich, gebeugtes Haupt!

Gestern wartet ihr noch Lumpenpaß, das den Beruf verfehlt.

Notizen.

Theaterchronik. Eine sizilianische Schauspieltruppe wird unter Leitung von Grassi vom 3. bis 10.

Die wirklich nicht als Heißsporne gelten, doch zur Annahme der Vorstandsresolution gelangten, sie aus reinen Motiven handelten, aus Motiven, deren erster und einziger Grundsatz ist, die Partei und die Befreiung der Arbeiterklasse über alles! Die Disziplin, die von dem einfachen Parteigenossen im Lande gefordert wird, sie muß auch von den Führern eingehalten werden. Wie können sie sonst in anderen Dingen Unterordnung predigen? Und so geben wir uns der Hoffnung hin, daß die Parteigenossen allerorts die Befolgung der Parteitagebeschlüsse überwachen und ihren Führern zurufen werden: Nicht neben uns, dort drüben steht der Feind!

Der „Volkshfreund“ (Karlsruhe)

Wir bemerken hierzu, daß wir uns nach dem Ergebnis der Abstimmung über die Parteivorstands-Resolution die in der Segh'schen Erklärung niedergelegten Grundsätze vollständig zu eigen machen. Wir glauben auch im Namen der übergroßen Mehrheit der badischen Parteigenossen zu sprechen, wenn wir sagen, sie stehen hinter den 88, die in Nürnberg in ihrem Namen votierten. Es entsteht jetzt die Frage: Was nun? Vorläufig ändert sich an dem Gesamtcharakter der Partei nicht. Es sei denn, von Berlin aus werde ein neuer Vorstoß unternommen, was wir nicht anzunehmen wagen. Und in welchem Sinne die Parteivorstands-Resolution die Haltung der badischen Landtagsabgeordneten bei der nächsten Landtagsession beeinflusst, darüber braucht man sich heute noch nicht den Kopf zerbrechen. Das eine sei nur noch gesagt: In seinem Ausgange — nicht in seinem Verlauf — war der Nürnberger Parteitag der bedeutsamste, seitdem in Deutschland Parteitage abgehalten werden können. Die über die Partei herein-gebrochene Katastrophe wird überwunden werden; sie muß überwunden werden, weil höher als alle momentanen Prinzipienfragen das Wohl und Wehe der Arbeiterklasse Deutschlands steht. Dieses Ziel bestimmt unser Handeln; ihm haben sich alle anderen Faktoren unterzuordnen.

Die „Leipziger Volkszeitung“

Die Erklärung, die Segh nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses im Auftrage von 88 süddeutschen Genossen abgab, stand freilich im Widerspruch zu der Erklärung, die Timm ebenfalls im Auftrage der süddeutschen Genossen vor der Abstimmung gegeben hatte. Die von den Süddeutschen gebilligte Resolution Probleme erkennt an, daß die Frage der Budgetbewilligung eine Angelegenheit der Gesamtpartei ist, an deren Erledigung der Parteivorstand mitzuarbeiten hat. Segh dagegen erklärte, daß die Frage der Budgetbewilligung unbedingt den Einzelabteilungen vorbehalten bleiben muß. Dieser Widerspruch machte jedoch nicht viel Eindruck, er kam höchstens einmal wichtig für die Zukunft werden. Für die Gegenwart war man froh, daß die Frage grundsätzlich erledigt war.

Und das ist in der Tat das Wichtigste. Wir wollen wünschen, wenn wir es auch nicht zu hoffen wagen, daß durch den Nürnberger Beschluß, dessen Tragweite weit über seinen Wortlaut hinausgeht, dem Parteivorstand für längere Zeit ein Ende gemacht ist. Die Resolution von Nürnberg erneuert die Resolution von Dresden, die eine ebenso scharfe wie gründliche Abweisung des Revisionismus ist. Damit hat der Parteitag anerkannt, daß die Budgetdebatte eine Debatte über die Grundanschauungen der Partei war, und dadurch erhält die Nürnberger Resolution erst ihre wahre Bedeutung. Zu übersehen ist hierbei freilich nicht die charakteristische Tatsache, daß fast alle Generalsekretäre wie Elm, Legien, Schmidt, Hus, Kömmling, Baepfom, Reichel, Sasse, Breh usw., sowie der größte Teil der anwesenden Reichstagsfraktion gegen die Resolution stimmten.

Durch die Erledigung der Budgetdebatte in antirevisionistischem Sinne ist dem Nürnberger Parteitag sein charakteristischer Stempel aufgedrückt, der ihm in der langen Reihe der Parteitage einen bedeutenden Platz anweist. Wir haben Veranlassung, mit ihm zufrieden zu sein.

Die „Dresdener Volkszeitung“

Eine Erwiderung auf die von Segh abgegebene Erklärung erfolgte nicht und wir dürfen in dieser Tatsache die Meinung des Parteitag sehen, daß die Erklärung nicht in unüberwindlichem Gegensatz zu der beschlossenen Resolution steht. Gatten die süddeutschen Delegierten in ihren Neben vielfach angedeutet, daß sie sich einem Mehrheitsbeschlusse, der ihnen untrüglich erscheint, nicht unterwerfen würden, so ist die Beweiskraft solcher Andeutungen in der Erklärung sicherlich nicht zu erblicken. Die süddeutschen Delegierten glauben durch ihre Erklärung ihre von Anfang an eingenommene Haltung gewahrt zu haben, aber sie haben ihrer Selbstständigkeitserklärung eine Fassung gegeben, durch welche die schwer drohende Gefahr einer Parteizerspaltung verhütet ist. Da sich die Dinge so überaus schroff zugespitzt hatten, da eine Möglichkeit der Einigung ausgeschlossen war, so muß dieser Ausgang der Debatte immerhin als ein sehr erfreulicher bezichnet werden. Die große Mehrheit will nicht triumphieren über bestiegte Kameraden, und die gewiß auch stattliche Minderheit will nicht rebellieren, sie will unter Wahrung ihrer Ueberzeugung in der Gesamtpartei stehen und mit ihr marschieren!

„Tribüne“ (Erfurt)

Diesmal ging der Revisionismus aufs ganze. Er ist noch nie so umfassend und konsequent aufgetreten wie in Nürnberg. Er proklamiert nicht und bittet den Grundsatze der Grundschloßigkeit in Theorie und Praxis. Er läßt Sturm gegen die klare Klassenkampftheorie und will nur „praktisches Handeln“ unter vollständiger „Freiheit“ der Parlamentariergruppen. Das bedeutet die Auflösung der Partei. Der Revisionismus will aber selbst in innerhalb der Partei die Disziplin aufheben. Er sträubt sich gegen die Resolutionen zur Taktik, verhöhnt sie als „papierne Papiere“, die den Parlamentariergruppen „Terrorismus von außen“ beibringen wollten usw. Die „Parlamentarier“ brauchen nur „Vertrauen“, nichts weiter; der Parteitag soll nur das Recht der Kritik haben, aber die Aktionsfreiheit der Staatsmänner der Partei nicht beschränken. Das ist das „Programm“!

Hier geht es klar Abrechnung! Nichts gefährlicher für eine demokratische Partei als Unklarheit. In grundsätzlichen Fragen zucht sich jede Unentschiedenheit, jedes Kompromiß bitter. . . Hätte der Parteitag nachgegeben, so wäre auf der abschüssigen Bahn kein Halt mehr. In diesem Jahre „Freiheit für Budgetbewilligung“, im nächsten „Unabhängigkeit in „positiver“ Sozialpolitik“ und so fort. Der Keim des Verfalls hätte gewuchert. Nürnberg hat dem ein Ende gemacht. Zwar ist die Minderheit ungeheuerlich groß — fast ein Drittel! — aber wir sind überzeugt, daß die Entwicklung des Kapitalismus, der Klassenstaat selber den Genossen die Notwendigkeit klarer Klassenkampfpolitik lehren wird. Er wird sie auch zwingen. Disziplin zu halten, trotzdem die Segh'sche Erklärung entschieden ist. . .

Wir möchten die Segh'sche Erklärung, daß die Entscheidung über die Budgetbewilligung lediglich der Landtagsfraktion untersteht, noch nicht als Faustschlag gegen den eben gefassten Parteibeschlusse charakterisieren, solange wir noch eine Hoffnung haben, daß die Erklärung nur ein Rückzugsgesicht ist und nicht mehr dahin führt, daß die Süddeutschen dem Staatsbudget zustimmen. Sollten diese Landtagsabgeordneten aber jetzt schon überzeugt sein, sie wollen bei gleichen Umständen dem Budget wieder zustimmen, also bewußt die Klassenkampfgrundzüge der Partei brechen und auf der Disziplin herumtrampeln — dann mögen sie gefälligst jetzt schon und sofort die Konsequenzen ziehen. Dann kennt uns wirklich eine Klust, die nicht merz zu überbrücken ist. „Einigkeit“

auf Kosten unserer Grundsätze und Parteibeschlüsse — das wäre ein Schreden ohne Ende. Dann lieber ein Ende mit Schreden! — Wie gesagt: wir wollen die Erklärung noch nicht tragisch nehmen und hoffen auf die Erkenntnis der kapitalistischen Entwicklung, die uns unter Aufrechterhaltung unserer Grundsätze und Disziplin wieder eng zusammenschließen wird.

„Volkstimme“ (Magdeburg)

Wer diese Erklärung liest, wird vielleicht annehmen können, daß sie eine ausdrückliche Verwahrung gegen die Parteibeschlüsse enthalte. Das scheint uns jedoch nicht der Fall zu sein. Vielmehr enthält die Erklärung nur den Vorbehalt gegenüber den Gegnern, damit diese nicht mit Recht den Vorwurf erheben können, daß die süddeutschen sozialistischen Abgeordneten ein gebundenes Mandat hätten.

„Volkswacht“ (Dreslau)

Damit (mit der Erklärung Segh's) sprechen die Unterzeichner dem deutschen Parteitag die Befugnis ab, in Angelegenheiten der Landespolitik eine Richtlinie für sie festzulegen und behalten sich vor, in solchen Fällen nur noch ein Einverständnis mit den organisierten Genossen ihres Landes zu suchen. Jemand eine Gegenäußerung zu dieser Erklärung erfolgte nicht. Die Dinge liegen demnach in Zukunft so, daß die Landtagsabgeordneten Süddeutschlands, wenn sie wieder einmal Gründe zu haben glauben, ein Budget zu bewilligen, sich vorher mit ihren Landesorganisationen auseinandersetzen und deren Zustimmung herbeiführen. Eine disziplinarische Maßnahme zukünftiger Parteitage müßte sich dann gegen die einzelnen süddeutschen Organisationen richten und würde uns neue Auseinandersetzungen nicht ersparen.

Der Parteitag hat in klarer Weise seinen Willen kundgegeben, aber er hat die Gegenfrage damit nicht aus der Welt geschafft. Das ging über seine Kraft. Abweichende Meinungen kann man nicht mit Stimmenmehrheit übermächtigen und beseitigen, sondern nur durch eine bessere Ueberzeugung zu verdrängen suchen. Gegenständig überzeugt aber haben sich die streitenden Brüder nicht. Was blieb da zu tun übrig? Die Spaltung der Partei, die nicht nur für unsere politische Wirksamkeit von unabsehbaren Folgen begleitet wäre, wollte niemand. Sie hätte auch nur zur späteren Einigung unter allerhand Konfessionen auf beiden Seiten geführt. Die deutsche Sozialdemokratie, die sich mit Erfolg um die Einigung ausländischer Bruderparteien bemüht hat, konnte keine fünf Jahre getrennt marschieren! Die zweite Möglichkeit war die bedingungslose Unterwerfung. Sie wäre nichts als eine Form gewesen, da die Bestimmung sich nicht auf Kommando ändern läßt. Und unter der Ägide des Beschlusses glühte das Feuer der Rebellion langsam weiter, um eines Tages zu neuem Ausbruch zu kommen. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände scheint uns die offene Erklärung der beteiligten Süddeutschen das männlichste, ehrlichste Mittel, das sie in dieser Situation gebrauchen konnten. Sie erheben Protest und überlassen das andere der kommenden politischen Situation. Die Zeit, die große Mehrheitspartei, sie wird auch hier mit unerhöhrlicher Bestimmtheit den Weg weisen, der für uns der erfolgreichste ist. Das Streben, in Sachen der Landespolitik sich nur nach den eigenen Erfahrungen zu richten und denen der im Lande wohnenden Genossen, es ist wohl zu verstehen. Hätten wir schon eine ausgeprägt preussische Landespolitik, wir würden uns auch dagegen verhalten, ihre Richtlinien von Süddeutschland aus gemäßigter festlegen zu lassen, als es unserem eigenen Wunsche entspricht. Bis eine Einmütigkeit über diese Streitfrage herbeigeführt ist, werden wir am besten tun, wenn beide Teile ihren Ansichten Duldsamkeit entgegenbringen, wenn wir auf beiden Seiten die Erfahrungen sammeln und dann die Prüfung solch immer wiederkehrender Zweifelsfälle aufs neue vornehmen.“

Aus der Partei.

Kein Sozialdemokrat in einem bürgerlichen Ministerium!

Die dänische Sozialdemokratie hält seit Donnerstag ihren 12. Parteikongress ab, der in Odense, der Hauptstadt Jütlands stattfindet. Der Parteivorstand Genosse P. Knudsen konnte nicht teilnehmen, da er eben eine Krankheit überstanden hat. Sein Stellvertreter, Genosse Sigwald Olsen hielt die Eröffnungssprecher. Er kam dabei auch auf die Schwindeleien Albertis und die Ministerkrise zu sprechen, erinnerte daran, daß Alberti — wie seinerzeit in Deutschland Wisnand — dem dänischen Sozialismus einen Niesel vorschleichen wollte, und daß derselbe Mann nun selbst hinter Schloß und Riegel sitzt und als Dieb und Betrüger beurteilt werden muß und wird. — Es sind nun in Dänemark Gerüchte aufgetaucht, wonach in dem Geschäftsministerium, das nach Eröffnung des Reichstages gebildet werden soll, die Sozialdemokratie eine Vertretung beanspruchen oder erhalten sollte. Der Gedanke liegt ja auch für bürgerliche Politiker sehr nahe. Ist doch die Sozialdemokratie die zweitstärkste Partei im Folkething und zugleich diejenige Partei, die den diebischen Justizminister und sein ganzes Korruptionssystem von jeher aufs schärfste bekämpft hat! Aber Sigwald Olsen erklärte zu jenen Gerüchten:

Wir sitzen hier auf dem Parteitage nicht, um uns mit Ministerlisten zu befassen, aber da in der Presse davon geschrieben wurde, daß auch wir an dergleichen dächten, will ich die Gelegenheit benutzen, um ganz entschieden den Gedanken zurückzuweisen, daß ein Sozialdemokrat in ein Geschäftsministerium eintreten sollte. Haben wir erst einmal die Mehrheit im Folkething erlangt, dann werden wir selbstverständlich die Verantwortung auf uns nehmen, aber der Sozialdemokrat, der in ein Geschäftsministerium eintritt, käme in eine so ungünstige Lage, daß er zum Unglück für seine eigene Partei werden würde.“ — Die Erklärung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

1 Jahr 9 Monate!

Am Sonntag hat Genosse Oskar Heinig, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, die Strafanstalt zu Hoheneck verlassen, wo er die furchtbare Strafe von 1 Jahr und 9 Monaten Gefängnis verbüßen mußte. Das draconische Urteil war eine der Antworten, die die herrschende Klasse auf die Wahlrechtsforderung des sächsischen Proletariats gab.

Es war in den Tagen des Wahlrechtskampfes von 1905, kurz nachdem die Proletarier Sachsens auf die Strafe gegangen waren, als die Staatsanwaltschaft zu Leipzig plötzlich entdeckte, daß in 25 Artikeln der „Leipziger Volkszeitung“ zu Gewalttätigkeiten aufgereizt worden sei. Das Landgericht Leipzig fand dies angebliche Vergehen schließlich nur in fünf Artikeln, aber auch diese reichten für die Leipziger Richter aus, um dem Angeklagten 21 Monate aus dem Leben zu streichen. Selten hat sich das Wesen der politischen Justiz so kraß offenbart, wie in diesem Prozeß, in dem der Oberstaatsanwalt Widhme die Aufforderung an die Richter ergehen lassen konnte: „Konstruieren Sie den Tatbestand wie Sie wollen, aber greifen Sie hoch mit der Strafe! Das Richterkollegium hat's getan und sein Vorsitzender, der Landgerichtsdirektor Maulsch sah sich bald darauf zum Oberlandesgerichtsrat in Dresden befördert.

Die herrschende Klasse zitterte in jenen Tagen vor einem Ueberstürzen der russischen Revolution auf Deutschland. Sie sah bösen Gewissens in den friedlichen Straßendemonstrationen der sächsischen Arbeiter den Anfang eines Aufstandes und in den Artikeln der sozialdemokratischen Presse, die das Proletariat zum

Wahlrechtskampf aufriefen, die Kanaren zur Straßenschlacht. Es war um dieselbe Zeit, da auch in Preußen der Justizschrecken losgelassen war gegen den Wahlrechtskampf des Proletariats, da Breslauer Richter den Genossen Löbe von der „Volkswacht“, auch wegen angeblicher Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, zu einem Jahre Gefängnis verurteilten. Der rote Sonntag des 21. Januar 1906, da die preussische Regierung Kanonen auf-fahren ließ, weil sie wußte, das Proletariat Berlins werde auf die Strafe steigen, ist einer der untergebliebenen Daten jener Periode des Wahlrechtskampfes.

Furchtbar hat Genosse Heinig die Faust des Klassenstaates fühlen müssen. Aber das schwere Opfer, das er bringen mußte, ist nicht umsonst gewesen. Die Sturmwelle der Erbitterung, die das Urteil des Leipziger Gerichts im Proletariat aufschäumen ließ, ist nicht ohnmächtig berechtigt. Sie hat sich umgesetzt in Kampfesmut und Opferfreudigkeit, ihre Energie ist eingegangen in die Aktion des kämpfenden Proletariats.

Einundzwanzig Monate sind seit dem Tage verfloßen, da Genosse Heinig ins Gefängnis wanderte. Zum drittenmal führen sich in Kürze die Straßendemonstrationen der sächsischen Arbeiter und der rote Sonntag 1906. Und noch tragen die Proletarier Sachsens und Preußens die Dreiklassenherrschaft. Der 20. September 1908, da eines der am schwersten getroffenen Opfer der ersten Periode des Wahlrechtskampfes das Gefängnis verließ, mag uns mahnen an die Kämpfe, die uns noch erwarten.

Dem aus langer Haft Geblühen rufen wir ein herzlich Willkommen zu. Möge es dem Genossen Heinig gegeben sein, bald in unerminderter Kraft wieder in den Reihen der Partei mitkämpfen zu können!

Kein Bündnis der Delmenhorster Sozialdemokraten mit Agrariern! Genosse Paul Hug, der Vorsitzende des Landesvorstandes für die sozialdemokratische Partei von Oldenburg-Districtland, erließ in der „Fränkischen Tagespost“ — er teilte als Parteitagebelegter in Nürnberg — eine Erklärung, worin er die in der Donnerstagsnummer von uns wiederergebene Meldung der „Bremer Bürgerzeitung“, daß die Delmenhorster Genossen für die Oldenburger Landtagswahlen ein Kompromiß mit Liberalen und Agrariern planten, für unannehmbar erklärte. Ein Wahlbündnis ist unseren Genossen von den Linksliberalen gegen die Agrarier und Rationalliberalen angetragen worden. Jede Partei sollte aber selbständig bei der Wahl der Wahlmänner vorgehen und darin durch keine Bindung gehindert sein.

Polkzeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonte der Presse. Eine Reinigung vollzog heute, so berichtet man uns unterm 18. September aus Halle a. S., das Weichenfelder Schöffengericht an dem früheren Redakteur Christian Lehner von der „Halle'schen Volkszeitung“, Mitteldeutscher Volkszeitung“, Lehner, der in dem Blatte bei jeder Gelegenheit die Sozialdemokratie besudelte, hatte mit seinem ehemaligen Verleger über dem Gewerbegericht einen Prozeß gehabt, bei dem er sehr schlecht abkam. An dem Lehnerischen Prozeß wurde im „Volkshblatt“ für Halle Kritik geübt, wodurch Lehner sich beleidigt fühlte. Der Genosse Ernst Däumig soll darob 100 M. bezahlen wegen formaler Beleidigung. Daß Lehners Tum im Gewerbegericht scharf kritisiert worden ist, wurde angenommen.

Die Presse vor der Revisionssinstanz.

Wegen Beleidigung des Kriegsministers von Einem ist am 1. Juni vom Landgericht Bochum Genosse Steinkamp vom „Volkshblatt“ für Bochum zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. In der Reichstags-sitzung vom 4. Dezember v. J. hatte der Kriegsminister eine Behauptung über den Fall Lynar aufgestellt. Ein hannoversches Blatt hatte darauf eine Mitteilung gebracht, die mit dieser Behauptung im Widerspruch stand. Am 14. Dezember hatte dann das „Volkshblatt“ einen Artikel veröffentlicht, der die Ueberschrift „Der Kriegsminister und die Wahrheit“ trug. Darin kam der Befehl vor: wahrscheinlich haben sich die Wollen des Reichstagsgebäudes gebogen. Einige Tage danach teilte das „Volkshblatt“ mit, daß die hannoversche Nachricht falsch sei und daß damit auch der gegen den Minister erhobene Vorwurf falte. — Die Revision Steinkamps wurde am Freitag vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Aus Industrie und Handel.

Die Lage am Holzmarkt.

Am rheinischen und auch am süddeutschen Brettermarkt stößt der Geschäftsgang fast gänzlich; die Preise sind stark gesunken und zeigen noch immer sinkende Tendenz. Vorräte sind in überreichem Maße vorhanden und die Betriebseinschränkungen nehmen noch immer zu. Auch am Rundholzmarkt war der Geschäftsgang äußerst schleppend und die Preise gedrückt. Freundlicher ist seit einiger Zeit das Gepräge des ostdeutschen Holzmarktes geworden. Der Abfall an Holz, vornehmlich an Bauholz, hat Velebung erfahren. Allerdings haben sich auch bei den ostdeutschen Sägewerken umfangreiche Lagerbestände angesammelt, so daß die lebhaftere Nachfrage vorläufig erst eine Minderung der Lager zur Folge hat und eine merkliche Wirkung auf den Beschäftigungsgrad noch nicht ausübt. Die Marktlage hat sich in Ostdeutschland auch insofern etwas freundlicher gestaltet, als die Zufuhr von Rußland her im Laufe des Jahres nachgelassen hat und der Markt dadurch nicht weiter überfüllt worden ist. Vor allem wurden Radelholz aller Art sowie Eichenholzwägen erheblich weniger eingeführt als 1907. Die gesamte Holzeinfuhr Deutschlands hat überhaupt stark nachgelassen. Insgesamt wurden in den ersten acht Monaten dieses Jahres Erzeugnisse der Forstwirtschaft nur in einer Menge von 47,80 Millionen Doppelzentner eingeführt gegen 51,24 Millionen im gleichen Zeitraum 1907. Der Hauptteil dieses Rückganges entfällt auf die Einfuhr von Bau- und Kuchholz. In Hamburg und in Bremen sind die Lagerbestände an überseeischen Kuchhölzern zusammengeschnitten, nicht nur weil der Import aus Amerika abnahm, sondern teilweise auch, weil der Abfall eine Zunahme erfahren hat. Bei einigen Sorten geht die Zufuhr sogar unmittelbar in den Verbrauch über. Eine Besserung hat die Nachfrage nach Holz in der letzten Zeit auch in der Holzverarbeitend von Berlin und Umgegend erfahren; nach der monatelangen anhaltenden Depression beginnt der Konsum sich wieder etwas zu regen. Die Rohbrennstofferei hat vor allem auch wieder etwas mehr Aufträge anzuführen. Die Zahl der Beschäftigten zeigt neuerdings eine Zunahme. Die Arbeitslosigkeit der organisierten Holzarbeiter Berlins, die sich hauptsächlich aus der Tischlerei rekrutieren, betrug Ende Juli 9 Proz., Ende August noch 5 1/2 Proz., gegen 2,7 Proz. Ende August 1907.

Krise.

In der Kaffeler Waggonfabrik von Bergmann u. Co. sind 150 Arbeiter gekündigt worden, während weitere 150 Mann eine Zeitlang feiern müssen.

Dividenden.

Die Werkzeugmaschinenfabrik Wildemeister u. Co. in Bielefeld erbrachte für das letzte Geschäftsjahr eine Dividende von 5 Proz. Der Aufsichtsrat der Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke beschloß bei Abrechnungen in Höhe von 600 000 M. 7 1/2 Proz. Dividende in Vorschlag zu bringen. Die Archimedes Aktien-Gesellschaft für Stahl- und Eisenindustrie in Berlin schützte 9 Proz. aus. Der Aufsichtsrat der Thüringischen Elektrizitäts- und Gaswerke A. G. in Apolda, an der die Elektrizitäts-A. G. vorm. Schudert u. Co. und die Elektro-A. G. stark interessiert sind, schlägt auf das nächste Aktienkapital wieder 8 Proz. Dividende vor. — Die Dividende der

Wohnung u. s. für das abgelaufene Geschäftsjahr wird auf 8 Proz. geschätzt.

Die Lage der Hochholzer Holzindustrie ist nach wie vor ungünstig. Die meisten Betriebe haben wöchentlich eine, manche sogar zwei Feiertage; nur einige Betriebe sind von der schlechten Geschäftslage anscheinend wenig betroffen worden. Fast allgemein wird Klage darüber geführt, daß die Lager überfüllt sind und daß der Absatz nur langsam erfolgt. Unter der ungünstigen Geschäftslage haben nicht nur die Arbeiterfamilien, sondern auch zahlreiche Gewerbetreibende zu leiden. In diesen Kreisen wird hier zurzeit allgemein über Zahlungsstörungen und übermäßige Kreditansprüche geklagt. Am bedauerlichsten ist, daß ganze Volksschichten zur Unterernährung gezwungen sind, während in dem benachbarten Holland genug billiges Fleisch und Brot zu haben wäre. Die Grenzperze wird an der Grenze besonders unangenehm empfunden.

Die Preispolitik der gemischten Werke. Ueber die für die Käufer von Rohmaterial ruidös wirkende Preispolitik der gemischten Werke wird im Geschäftsbericht des Vereins deutscher Eisengießereien Klage geführt. Schädigend auf die Preisgestaltung wirkten die Giehereien, die mit Hochöfenwerken verbunden sind, indem sie mit Preisen auf den Markt kamen, die zu den Tagespreisen des Roheisens in gar keinem Verhältnis standen. Der Schaden, den sie verursachten, liegt hauptsächlich darin, daß sie den Preis für Gußeisen warfen und die geworfenen Preise dann maßgebend für den ganzen Markt wurden. Weiter wird bedauert, daß die Leiter der größeren und Giehereien verbundenen Hochöfenwerke eine Wirtschaftspolitik führen, die darauf hinausläuft, ihren Abnehmern von Roheisen die Existenz zu erschweren und sich mit der Zeit den Akt abzulegen, auf dem sie sitzen. Das Roheisen Syndikat habe wenig Verständnis offenbart für die dem Giehereibetrieb angehenden Klagen. Es sei Aufgabe des Vereins deutscher Eisengießereien, dahin zu wirken, daß der Verein auch gegenüber den Syndikaten als gleichberechtigter Faktor angesehen werde.

Internationaler Verband für Emailierwerke.

Wie berichtet wird, berieten am Montag die maßgebenden deutschen und österreichischen Emailierwerke in einer in Berlin abgehaltenen Besprechung über Satzungen für einen Verband Europäischer Emailierwerke und wurde beschlossen, am 15. Oktober 1909 in Wien zur definitiven Begründung dieses Verbandes zusammenzutreten, welcher seine Tätigkeit am 1. Januar 1909 beginnen soll. Der Wiener Versammlung wird eine verbesserte Exportverbandspreisliste zur Beschlußfassung vorgelegt werden. In der Zwischenzeit wird ein gemeinsamer Aufschlag von 5 Prozent auf die Nettoverkaufspreise erhoben, um dem Mißverhältnis zwischen den in letzter Zeit gemachten Notierungen und den Selbstkosten zu steuern.

Die Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten.

Die Bestrebungen der Börse, durch Hausmanöver eine optimistischere Stimmung und Unternehmungslust auszulösen, bleiben erfolglos. Es hält nicht nur die Stagnation am Wirtschaftsmarkt an, es laufen auch noch fortwährend Nachrichten ein über weitere Schließungen von Establishments resp. Einschränkung der Betriebe. Eine sehr bemerkenswerte solcher Nachrichten ist die, daß die „Holzmänner“ (Lumbermen) der kanadischen Provinz Ontario übereingelommen seien, das Quantum des diesen Winter zu schlagenden Holzes um 50 bis 75 Prozent zu beschränken, und zwar wegen der Stagnation des Geschäfts und der Konkurrenz der Vereinigten Staaten. Diese haben bisher einen großen Teil ihres Holzbedarfes (besonders für die Papierfabrikation, aber auch für Bauzwecke) aus Kanada bezogen. Ueberall — mit vereinzelten, auf besonderen lokalen Verhältnissen basierenden Ausnahmen — liegt die Bunttätigkeit darnieder. So ist z. B. die Hälfte der New Yorker organisierten Bauhölzer (Carpenter, die zum Teil auch in der Möbelfabrikation tätig sind), beschäftigungslos.

Soziales.

Der Bericht der Tabak-Versicherungsgesellschaft gibt uns bekannt, daß im Jahre 1907 insgesamt 6823 versicherte Betriebe mit 160 804 Arbeitern gezählt wurden. Gegen das Jahr 1906 ist das eine Zunahme von 232 Betrieben mit 8744 Personen.

Wie wenig noch die Maschine in der Tabakindustrie Eingang finden konnte, ersieht man aus der Tabelle des Berichtes über die Gefahrenklassen, nach welchem die Beiträge erhoben werden. Danach waren in Gefahrenklasse A. Zigarrenfabriken ohne Maschinen und Motore 6101 Betriebe mit 84 141 Arbeitern versichert. Man sieht dann an den Zahlen schon sofort die Wirkung der Maschine. In Gefahrenklasse B. Zigarrenfabriken mit Motorbetrieb usw. waren nur 921 Betriebe versichert, die aber 89 866 Arbeiter beschäftigten. Das ist der Großbetrieb. Kleinere Zahlen weisen dann die Gefahrenklassen C. bis M. auf. Erwähnt sei noch, daß in Gefahrenklasse D. 160 Zigarettenfabriken mit 10 029 Arbeitern versichert sind.

Der Jahresarbeitsverdienst eines versicherten Tabakarbeiters stellt sich durchschnittlich auf 808 M.

Die Versicherungsgesellschaft ist ohne Sektionsbildung, sondern nur in Bezirke eingeteilt. Im Bericht fehlt aber die Begrenzung der fünf Bezirke. Wir erfahren nur, daß der Jahresarbeitsverdienst im Bezirk I 581 M., im Bezirk II 630, im Bezirk III 614, im Bezirk IV 712 und im Bezirk V 563 M. betrug.

Das sind die Hungerlöhne der Tabakarbeiter, die man durch neue Tabaksteuern noch mehr herunterdrücken will.

Angemeldet wurden im Berichtsjahre 716 Betriebsunfälle, wovon nur 81 entschädigt wurden. Seit Bestehen der Versicherungsgesellschaft wurden 6699 Unfälle gemeldet und davon 1850 Fälle nur entschädigt. Davon ereigneten sich bisher 26 Fälle an Motoren, 343 Fälle an Arbeitsmaschinen, 43 an Fahrstühlen usw., 5 an Dampfseilen, 16 durch feuergefährliche Stoffe usw., 78 durch Zusammenbruch, Einsturz usw., 236 durch Fall von Leitern, Treppen, 282 bei Beförderung von Lasten, Auf- und Abblenden, 80 am Fahrstuhl, 116 durch Handwerkzeuge und 125 durch sonstige Ursachen.

Der Bericht verweist nach den Unternehmerangaben auch die Ursachen dieser entschädigten Unfälle zu „ergründen“. Danach entstanden 51 Unfälle durch mangelhafte Betriebsanrichtungen, 8 durch ungenügende Anweisung, 33 durch Fehlen von Schutzvorrichtungen, 8 durch Befreiung vorhandener Schutzvorrichtungen, 108 durch Handeln wider bestehende Vorschriften, 20 durch Leichtsinns, Fahrgerei usw., 424 durch Ungeschicklichkeit und Unachtsamkeit der Verletzten selbst, 12 durch ungeeignete Kleidung, 31 durch Verkauf von Mitarbeitern, 88 durch krankhafte Zustände der Verletzten, wie Epilepsie usw., 42 durch Stürzungen, Stöße usw. 571 durch sonstige in der Gefährlichkeit des Betriebes beruhenden Ursachen, und endlich neun Fälle, in denen absolut keine „Ursache“ festzustellen war. Das Ganze nennt man dann eine „Unfallstatistik“.

Die meisten Unfälle ereigneten sich im Monat Januar mit 188, die wenigsten im Monat Mai mit 94.

Montags ereigneten sich 204, Dienstags 201, Mittwochs 196, Donnerstags 203, Freitags 204, Sonnabends 224 Unfälle usw.

Die Art der Verletzung war in 91 Fällen Verletzung von Kopf, Gesicht und Augen, in 690 Fällen von Arm, Hand und Fingern, in 255 Fällen von Beinen und Füßen, in 71 Fällen Brüche, in 245 Fällen Verletzung anderer und mehrerer Körperteile zugleich.

Die Folgen dieser Unfälle waren: in 485 Fällen vorübergehende — in 730 Fällen teilweise — und in 85 Fällen gänzliche Invalidität. Todesfälle waren 91 zu verzeichnen.

Wie sehr die weibliche Arbeitskraft in der Tabakindustrie ausgenutzt wird, ergibt sich auch aus der Tabelle „Alter und Geschlecht der Verletzten“.

Von 1850 entschädigten Verletzten waren 953 männliche und 897 weibliche Geschlechts. Unter 16 Jahren standen 85 männliche und 86 weibliche Verletzte, im Alter von 16—21 Jahren: 60 männliche und 84 weibliche, im Alter von 21—40 Jahren: 841 männliche und 129 weibliche, im Alter von 40—60 Jahren: 848 männliche und 107 weibliche, über 60 Jahre 94 männliche und 41 weibliche Arbeiter, die einen Unfall zu beklagen hatten.

Von 57 Verurteilungen der Verletzten hatten nur 10 Fälle vollen Erfolg. Teilweisen Erfolg nur in 4 Fällen, während 88 Verurteilungen von den Schiedsgerichten glatt abgewiesen wurden.

Die Verletzten hatten sieben Rekluse gegen diese Urteile erhoben und wurden in sechs Fällen vom Reichsversicherungsamt ebenfalls abgewiesen.

Für die Ueberwachung der Betriebe wurde laut Bericht die Summe von 1459 M. im Jahre 1907 verausgabt. Wir suchen aber im kimmerlichen Bericht vergeblich nach den Ergebnissen dieser Vertriebsrevisionen.

Aus der Frauenbewegung.

Ultramontanismus und Frauenbewegung.

Daß man auf dem jüngst abgehaltenen Katholikentage nicht vollständig an der Frage der Frauenbewegung vorbeigehen werde, konnte erwartet werden. Und wer die Ultramontanen kennt, rechnete auch damit, daß man diesmal, wie bei allen anderen Beratungen, auch in der Frage der Frauenbewegung, mehr das ultramontane Grundständige in den Vordergrund schieben werde. Die Gläubigen wurden regaliert mit dem Schreckgespenst eines drohenden Kulturkampfes, der Regierung gegenüber präsentierte man sich als die am sichersten staatsverhaltend wirkende Partei, die alle von den Herrschenden gewünschten Tendenzen mit dem starken Faktor der Religion fördern kann. Das erhebste die politische Situation! Das Zentrum verlangt nicht sühnlich drängend wieder als Regierungspartei aufgenommen zu werden, aber es läßt keine Gelegenheit vorbeigehen, ohne seine moralische Macht über die Massen der Gläubigen in bengalischer Beleuchtung zu zeigen. Man weiß: damit wird bei der Regierung die Begehrlichkeit aufgestachelt, sich dieser Macht als politisches Werkzeug wieder zu bedienen. Und je länger die Parole: Los vom Zentrum! in Geltung bleibt, je länger die Regierung sich sprüde zeigt, desto höher der Preis, der nachher gezahlt werden muß. Und für den Verlauf des Katholikentages hat man das ultramontane Guthabekonto sicher ansehnlich erhöht. Nicht zum wenigsten wegen der Haltung zur Frauenbewegung, deren rapide Entwicklung die Reaktionen mit banger Sorge erfüllt. Die Zentrumsdiplomaten haben ihren Widerstand gegen die Gewährung politischer Rechte an die Frau mehr und mehr aufgegeben. Aber die Preisgabe des Widerstandes bedeutet nicht die Anerkennung der Gleichberechtigung der Frau. Nicht soziales Prinzip, sondern parteitaktische Erwägung ist leitendes Motiv. Die Ultramontanen geben das Frauenwahlrecht als Hemmungsmittel gegen das Wachstum der politischen Macht der modernen Arbeiterbewegung zu gebrauchen. Das Frauenwahlrecht soll der Erhaltung und Stärkung der bestehenden Klassen- und Männerherrschaft dienen. Der Ultramontanismus ist trotz der von seinen Trägern und Verteidigern oft zur Schau getragenen Wertschätzung der Frau ein lebendiger Protest gegen deren Gleichberechtigung mit dem anderen Geschlecht.

Gott der Schöpfer erscheint in der Vorstellung als Mann, desgleichen Jesus der Erlöser. Die Würde der Stellvertretung Gottes auf Erden ist dem männlichen Geschlecht vorbehalten; Frauen sind nicht würdig des geistlichen Amtes. Durch die Frau ist ja nach der Lehre der römisch-katholischen Kirche die Sünde in die Welt gekommen und durch diese der Tod und die Ausschließung der Menschen aus dem Paradies. Rot und Glend in diesem Jammerland sind die Folgen der Uebertretung des Gebotes Gottes durch das Weib. Und darum auch hat ihm der Herr des Himmels und der Erde die Rolle der Dienerin des Mannes angewiesen. Und diese ultramontane Auffassung wird von den Zentrumsdiplomaten nicht negiert. Im Gegenteil! Weil das Weib durch die Erziehung viel konservativer ist als der Mann, weil es mehr als dieser dem Einflusse der Kirche unterliegt, hofft man durch Verehrung des Stimmrechts an die Frau die politische Macht des konservativen Elements zu stärken. Darum wächst mit der zunehmenden Aufklärung bei den Männern der Ultramontanen Freundschaft für das Frauenwahlrecht. Es ist daher auch verkehrt, anzunehmen, es genüge eine kräftige zielbewusste Agitation unter den Männern, um die Macht des Proletariats zu stärken. Gerade das Wachstum der sozialistischen Bewegung bedingt auch eine energische Förderung der Aufklärung und politischen Erziehung der Frau. Das Eintreten des Zentrums für Gewährung politischer Rechte an die Frau bedeutet keine Konzession an den Fortschritt, sondern ist der Ausfluß der reaktionärsten Bestimmung und der Feindschaft gegen die Gleichberechtigung der Frau. Dem ultramontanen Ziel kann nur dadurch entgegengetrieben werden, indem wir der Frauen Erziehung zur Klassenkämpferin in umfassender Weise fördern.

Die organisierten Hebammen Dänemarks.

Die dänischen Hebammen sind stark organisiert und sie versuchen, durch die Organisation ihre sozialen Verhältnisse zu verbessern. Schon anfangs der neunziger Jahre hatten die Distriktshebammen den dänischen Reichstag um gesetzliche Einführung eines festen Jahreslohnes von 400 Kronen und Erhöhung der Pensionen ersucht. Die Sache kam zuerst im Landsting zur Verhandlung, und hier war es der sozialdemokratische Abgeordnete P. Knudsen, der energisch für die Forderungen eintrat. Aber die Konservativen brachten die Anträge unseres Genossen zu Fall. Dreizehn Jahre später, im Jahre 1906, war es ein freikonservativer Abgeordneter, der im Landsting für Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Hebammen sprach. Der „liberale“ Justizminister Alberti, der nun als Betrüger entlarvt worden ist, verweigerte den Hebammen die Amtsräte. In diesen Körperchaften pflegen sich die Geldbedürfnisse der Beteiligten noch brutaler geltend zu machen, als selbst im Landsting, so daß für die von ihnen abhängigen arbeitenden Menschen jede Hoffnung fehlt, Verbesserungen zu erlangen.

Nun hat die „Allgemeine dänische Hebammenvereinigung“ am Freitag und Sonnabend voriger Woche in Kopenhagen einen großen Kongreß abgehalten, an dem nicht weniger als 200 Hebammen teilnahmen. Hier wurde beschlossen, die im Jahre 1905 abgelehnten Forderungen von neuem der Regierung und dem Reichstag vorzulegen. Besonders wird auch verlangt, daß die Distriktshebammen nicht mehr wie jetzt von den Centern, sondern vom Staat angestellt werden. Da der Justizminister Alberti, der seinen unheilvoll reaktionären Einfluß damals zum Schaden der Hebammen geltend machte, beseitigt ist, die Sozialdemokratie aber im Laufe der Jahre immer größere Macht gewonnen hat, ist jetzt mehr Aussicht auf Durchsetzung der Forderungen vorhanden.

Besondere Forderungen wurden an die Stadt Kopenhagen gestellt; so die, daß Geburtshilfe auf städtische Kosten auch dann gewährt wird, wenn der Mann zur selben Zeit von seiner Weiblichkeit Arbeitslosen- oder Streikunterstützung bezieht; ferner, daß die unentgeltliche Geburtshilfe auch unversehrte und Wöchnerinnen zuteil werden kann. Jetzt ist es so, daß wohl verheirateten Lenten diese Hilfe zur Verfügung steht, nicht aber unversehrte Wöchnerinnen, selbst dann nicht, wenn sie im übrigen Armenunterstützung erhalten. Das berührt natürlich auch die wirtschaftlichen Interessen der Hebammen, da sie in solchen Fällen für die Einbindung ihr verdientes Geld oft nicht erhalten können.

Aus dem Tätigkeitsbericht, der dem Kongreß vorgelegt wurde, ging übrigens hervor, daß die Organisation, trotz der abnehmenden Haltung des Reichstages, in einer Reihe von Centern verschiedene Verbesserungen der Lohn-, Arbeits- und Pensionsverhältnisse der Distriktshebammen erzielt hat.

Von dem, was auf dem Kongreß gesprochen wurde, sind für die deutschen Hebammen folgende Äußerungen von Frau Wondesen, einer Hebamme aus Aarhus, besonders bemerkenswert. Sie sagte u. a.:

„Viele Hebammen leiden jetzt unter Nahrungsmangel. Ist es aber verantwortlich, daß man uns, die wir doch einen so verantwortungsvollen Beruf haben, so schlecht entlohnt? Wir haben auch mehr Ausbildung nötig. Der Staat sollte Replikationskurse veranstalten. Aber wir müssen uns hüten vor einer Massenproduktion von Hebammen, wie sie jetzt in Deutschland stattfindet. Dort sterben viele Wochenbettpatienten, weil die Hebammen ihre Fachausbildung vernachlässigen infolge ihrer außerst schlechten wirtschaftlichen Lage.“

Versammlungen — Veranstaltungen.

Vierter Wahlkreis. (Landberger Viertel.) Donnerstag, den 24. September, 1/2 Uhr im Elyrium, Landberger Allee 40. Vortrag der Genossin Wurm: „Die Entstehung der Arbeiterklasse und des Kapitals“.

Städt. Donnerstag, den 24. September, 8 1/2 Uhr, bei Wahren-dorf, Schloßstraße 117.

Vermischtes.

Einäschung der Pariser Telephonzentrale.

Ein gewaltiger Brand hat in den Abend- und Nachtstunden des Sonntag das Gebäude der Telephonzentrale in der Rue de Louvre zerstört. In dem Umkreis werden zurzeit umfassende Umgestaltungsarbeiten vorgenommen, und die Arbeiter hatten sich gerade entfernt, als wahrcheinlich durch Kurzschluß Feuer ausbrach, das in sehr kurzer Zeit das gesamte Gebäude erfaßte. Den anwesenden Telephonistinnen gelang es, sich in Sicherheit zu bringen. Durch das Feuer sind etwa 18 000 Telephonleitungen zerstört worden.

Die Feuerwehr, die mit großer Bravour vorging, mußte sich bei der Ausdehnung des Brandes darauf beschränken, die umliegenden Gebäude vor einem Uebergreifen des Feuers zu schützen. Eine Anzahl wichtiger Dokumente konnte geborgen werden. Von den Anlagen sind nur die Akkumulatoren gerettet. Um 1 Uhr war der Brand in der Hauptsache gelöscht. Feuerwehrlente und Truppen kehrten allmählich in ihre Quartiere zurück.

Erfreulicherweise sind bei dem Brande Menschenleben nicht zu beklagen. Man fürchtet den Einsturz des stehengebliebenen Mauerwerks und sind aus diesem Grunde umfassende Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahr für Leib und Leben getroffen.

Der durch den Brand verursachte Schaden wird zwischen 20 und 30 Millionen Frank geschätzt.

Der gewerbliche und Handelsverkehr mit der Provinz und dem Auslande ist durch die Zerstörung der 18 000 Anschlüsse sehr geschädigt. Wenn auch scheinbar Maßnahmen getroffen sind, um die unterbrochenen Verbindungen so schnell wie möglich wieder herzustellen, so ist doch wahrcheinlich auf einige Zeit der gesamte Telephonverkehr mit der Provinz und dem Auslande unterbrochen. Zunächst ist man bemüht, die zerstörten Telephonanschlüsse mit dem Auslande herzustellen. Die Postverwaltung wird einen provisorischen Zweigdienst einrichten, damit wenigstens während der Bausezeit mit den wichtigsten Städten, vor allem mit London, gesprochen werden kann.

Infolge des Brandes sind auch zahlreiche Telegraphenleitungen, welche durch jenes Bureau führten, unterbrochen. Die Verbindungen mit Belgien und mit Frankfurt a. M. sind unzureichend. Verzögerungen sind vorauszusetzen.

Ein später eingelaufenes Telegramm meldet, daß dank der unfaßlichen Bemühungen die Hoffnung besteht, heute noch den Telephondienst für die Vorse zwischen Paris und dem Auslande wiederherzustellen; der Stadtdienst dürfte in den nächsten 48 Stunden wieder aufgenommen werden können.

Die Cholera.

Nach den vorliegenden Nachrichten sind am Sonntag in Petersburg 398 neue Cholerafälle vorgekommen und 141 Kranke gestorben. Die Zahl der Choleraerkrankten beträgt jetzt 1427. Gestern wurden bis mittag 366 neue Choleraerkrankungen und 158 Todesfälle gemeldet. Die Zahl der Kranken beträgt zurzeit 1475. — Welche ungeheuren Fortschritte das Umsichgreifen der Seuche in den von der Cholera erfaßten Distrikten gemacht hat, ergeben die folgenden Zahlen: In der abgelaufenen Woche wurden in Petersburg und den Vororten 1456 Choleraerkrankungen und 439 Todesfälle gezählt, gegen 197 Erkrankungen und 58 Todesfälle in der Vorwoche. Seit Beginn der Epidemie am 6. September erkrankten 1853 Personen und starben 402. In den übrigen Choleraepidemiegebieten kamen in der abgelaufenen Woche 3392 Erkrankungen und 1377 Todesfälle vor gegen 2465 Erkrankungen und 1120 Todesfälle in der Vorwoche. Im ganzen sind in Rußland seit Beginn der Epidemie 10 359 Personen an Cholera erkrankt und 4688 gestorben.

17 Pferde verbrannt.

In dem militärischen Barackenlager in Zeitzain in Sachsen brach gestern früh Feuer aus. 17 Pferde des 64. Feldartillerie-Regiments fielen dem Brande zum Opfer. Weitere 8 Pferde wurden schwer verletzt. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Vom Dach abgestürzt.

In der Reuten Mainzer Straße 78 in Frankfurt a. M. wurde gestern vormittag ein fremder Mann entdeckt, den man für einen Einbrecher hielt. Der Mann, der von einem Schutzmann festgenommen worden sollte, gab auf diesen einen Schuß ab, ohne ihn jedoch zu verletzen. Alsdann flüchtete der Fremde auf das Dach des genannten Hauses und stürzte vom fünften Stock auf die Straße, wobei er lebensgefährliche Verletzungen erlitt. Später hat sich herausgestellt, daß der Fremde ein Schloßergeselle aus Frankfurt ist, daß dessen Weib in jenem Hause diene.

Im Bett ermorde.

Wie aus Essen gemeldet wird, wurde dort eine Frau Schumann in ihrem Bette erdolcht und erwürgt aufgefunden.

Waldbrände.

Verheerende Waldbrände wüthen in Pennsylvania, wo der Ort Corry ganz von Flammen umzingelt ist. Die anhaltende Dürre hat in Westpennsylvanien, im Osten Ohio und in Westvirginien die Schiffahrt lahmgelegt. Ueberall sind Versammlungen statt, in denen um Regen gebetet wird. Die Städte Gagen und Woodsboro (Wisconsin) wurden gestern durch einen Waldbrand zerstört. Ueber 400 Menschen sind obdachlos.

Antlicher Marktbericht der südbahnen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Marktliche: Fleisch; Zufuhr stark, Geschäft reg, Preise für Schweinefleisch anziehend, sonst unverändert. Wild; Zufuhr nicht genügend, Geschäft reg, Preise leicht. Geflügel; Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Fische; Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert, größere und große Krebse ohne jede Nachfrage. Butter und Käse; Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gewürze, Obst und Abfälle; Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, soweit Vorrat reicht

ALEXANDERPLATZ

Vorzugspreise für Lebensmittel

Fisch- u. Räucherwaren

Prima feinst. Kronenhummer $\frac{1}{2}$ Dose 2²⁵
 Sardinen „Marke René“ $\frac{1}{4}$ Dose 45 Pf.
 Sardinen „Marke Loubet“ $\frac{1}{4}$ Dose 60 Pf.
 Sardinen „Marke Perrier“ $\frac{1}{4}$ Dose 70 Pf.
 Sardinen „Marke Perrier“ $\frac{1}{2}$ Dose 1²⁵
 Sardinen „Marke Saupiquet“ $\frac{1}{2}$ Dose 1⁴⁵
 Prima Delikatessheringe in div. Sauc. 83, 52 Pf.
 Prima Lachs in Gelee ... Dose 1 Pfd. 90 Pf.
 Sardellen feinste Brabanter in Gläsern 95 Pf. 1¹⁵ 2⁰⁰
 Mayonaisen in Gläsern & 60, 90 Pf.
 Räucher-Lachs Ia, in Stücken 80 Pf.
 Räucher-Lachs in ganzen Seiten & 75 Pf.

Wild und Geflügel

Junge Bratgänse . Pfd. 65 Pf. Pa. Oderbr. Fettgänse Pfd. 65 Pf.
 Junge Enten Stück 2²⁰ 2⁵⁰ 2⁸⁰ 3⁰⁰ Pa. Suppenhühner st. 1⁶⁰ 1⁹⁰ 2²⁰
 Jg. Brathühner St. 75, 95 Pf., 1²⁰ 1⁴⁰ Junge Tauben grosse ... Paar 1¹⁵
 Ia. Junge Rebhühner . Stück 1³⁰ Brüsseler Poularden Pfd. 1⁵⁰
 Ia. jährige Rebhühner Stück 95 Pf. Prima Fasanen ... Stück von 2²⁵ an
 Prima Hirschwild Ragout & Pfd. 30 Pf., Blatt 65 Pf., Keule 90 Pf., Rücken 1⁰⁰
 Pa. Cervelatwurst .. Pfd. 1¹⁰ Gänsebrust Pfd. 1⁵⁰ ff. Leberwurst, Ia. Pfd. 90 Pf.
 Pa. Salami Pfd. 1¹⁰ Prima Rotwurst, Ia. Pfd. 65 Pf.

Butter und Käse

Feinste Tafelbutter Pfd. 1³⁰
 Prima Essbutter Pfd. 1²⁰
 Ia. Chester Pfd. 1²⁰
 Franz. Roquefort Pfd. 1⁶⁰
 Echter Gorgonzola Pfd. 1²⁰
 Franz. Brie Pfd. 1¹⁰
 Franz. Camembert ... $\frac{1}{2}$ 45 Pf., ... $\frac{1}{4}$ 85 Pf.
 Deutscher Camembert Stück 23 Pf.
 Engl. Bleichsellerie
 Bayerische Rettige
 Radieschen
 Westfälischer Pumpnickel ... Stück 12 Pf.

Pa. Weizenmehl $\frac{5}{8}$ Pfd. 90 Pf. $\frac{10}{8}$ Pfd. 1 ⁷⁵	Tägl. frisch gebr. Kaffee unsere Spezial-Mischungen I II III IV V VI 80 Pf. 88 Pf. 1 ⁰⁰ 1 ¹⁵ 1 ³⁵ 1 ⁵⁵	Frühstücktee Pa. arom. Pfd. 85 Pf. unsere Spezial-Mischungen I II III IV V VI 1 ¹⁵ 1 ⁶⁰ 2 ²⁰ 2 ⁷⁰ 3 ⁵⁰ 4 ²⁰	Pa. Kakao Pfd. 85 Pf. Pa. Haushalt-Kakao Pfd. 1 ¹⁰ Ia. Bruchschokolade . Pfd. 75 Pf. Ia. Blockschokolade . Pfd. 75 Pf.	Kronen-Cakes 1 Pfd. 42 Pf. bei 5 Pfd. 40 Pf. Figaro-Cakes 1 Pfd. 45 Pf. bei 5 Pfd. 43 Pf. Haush.-Cakes 1 Pfd. 55 Pf. bei 5 Pfd. 53 Pf. Schokol.-Cakes 1 Pfd. 1 ⁰⁰ bei 5 Pfd. 95 Pf.
--	--	---	--	---

Pa. Gravenst. Aepfel 2 Pfd. 35 Pf. 5 Pfd. 85 Pf. Ananas Pfd. 85 Pf. Tafel-Birnen 1 Pfd. 20 Pf. Org.-Korb brutto, f. netto 18 Pf.
 Pa. Tirol. Tafeläpfel 2 Pfd. 32 Pf. 5 Pfd. 75 Pf. Echte Brüsseler Edeltrauben ... Pfd. 55 Pf. Pa. Pflaumen 5 Pfd. 35 Pf. 10 Pfd. 60 Pf.
 Pa. Musäpfel Hasenköpfe 5 Pfd. 60 Pf. 10 Pfd. 1¹⁵ Pa. Ital. Tafeltrauben Kiste 8 $\frac{1}{2}$ Pfd. 1³⁵ Pa. Zitronen Dutzend 20, 25, 30 Pf.

NEUTROL! Bestes Reinigungsmittel für Ledersachen, Schuhe, Taschen, Holzmöbel, Oelgemälde, Karten etc. Dose mit Gebrauchsanweisung 25 Pf.

Furunkel,

Quaddeln, Hautjucken, juckende Hautausschläge, Geschwülste, Miltzer, Blasen, Nervenreiz, Sonnenprossen etc. über deren Heilung, geheime Jucker's Patent-Heilmittel-Seife, Dr. H. T., ärztlich empfohlen und ausprobiert, bewährt, Preis 50 Pfg. (kleine Packung, 15 Pfg.) und 1⁵⁰ (große Packung, 45 Pfg. von Rastler's Werbung).

Wunderbare Erfolge,

zumal bei gleichzeitiger Anwendung von Jucker's-Creme, dem herrlichsten und einzigartigsten aller Daivocremes, Preis 1²⁰, Urotubule 75 Pfg., sowie der nach dem gleichen Patent hergestellten, wunderbar mild wirkenden Jucker's-Seife, Preis 50 Pfg. (kleine Gebrauchspackung) und 1⁵⁰ (große Gebrauchspackung), werden sehr reichlich berichtet. Jeder, der bisher verzweifelt hat, mache einen Versuch. Für die ganze Haut der Kinder verwendet die beste Feine Glimmer-Kinder-Seife, Preis 2. H. T., Preis 50 Pfg. und Glimmer-Kinder-Creme, Preis 40 Pfg., Preis 70 Pfg., das Glimmer, Behle und Neutrol für die kindliche Haut. Heberall zu haben. Wo nicht, direkter Versand durch S. Jucker & Co., Berlin, Potsdamerstr. 74.

In Berlin echt bei Max Schwarzlose, Königl. 59 und Potsdamer Straße 7a, Franz Schwarzlose, Leipziger Straße 56, Schwarzlose, vorm. Adolph Heiler, Friedrichstraße 183, J. H. Schwarzlose, Markgrafstr. 29, Adler-Apothete, Reinickendorfer Straße 1, am Wedding, Paul Rades, Turmstraße 48, Fritz Kraus, Reinickendorfer Straße 119, Reichs-Apothete, (Gr. Frankfurter Straße 134, Fern. Gornitz, Rathenower Str. 48, Gust. Neumann Wwe., Neue Holzstraße 14, Otto Schulz, Chausseestraße 87, Otto Reichel, Altenbühlstr. 4, W. Lehmann, Raabenstraße 10, Fritz Mallen Hof, Hanfstr. 6, Otto Krichmar, Rolienthaler Str. 67, und außerdem in fast allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien der Welt.

Ein Triumph der Zigaretten-Fabrikation!
Selowsky's Caruso Zigaretten
 nur 3 Pf. per Stück!

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke **Kufeke** Nahrung für Kinder sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Ich hab's
Urbin
 Bester Schuh-Putz
 In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.
 Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Lank-witz-Berliner Lotterie.
 Ziehung 6. Oktbr. 1908.
 485 Gewinne i. W. v. zus. Mark
10 000
 1 Hauptgewinn i. W. v. Mark
5 000
 und 484 Gew. i. W. v. zus.
5 000
 Kleinsten Gewinn i. W. v. 5 Mk.
 Lose à 50 Pf., 11 Lose nur 5 Mk. (Porto & Gewinnliste 30 Pf. extra) sind in allen Lotteriegeschäften u. den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen zu haben sowie beim General-Debit
Paul Steinberg & Co.
 G. m. b. H., Bankgeschäft
 Berlin C. 54, Rosenthalerstr. 11-12.

Möbel Schulz
 Reichenberger Str. 5.
 Gediegene Arbeit.
 Außerst billige Preise.
 und 30042
 Ratenzahlung.

Carmen Sylva
 Cigaretten
 Beste Qualitäten

Der neueste Schlager
Manoli's Dandy

Kenner rauchen nur
Zeppelin-Zigarre
 Marke: **Luftig-Duftig**
 in Originalpackung, gesetzl. geschützt. Feinste 6, 8 und 10 Pf.-Zigarre. Milde und aromatisch. Nachahmung wird gerichtlich verfolgt. Vertretung: Leo Ansbach, Berlin O., Blankenfelde Str. 3.

Ben Schira
 Cigaretten sind die besten.
 Marke A ... 2 Pfg. Ultra ... 3 Pfg.
 Häufig in allen Cigarrengeschäften.

Beste Bettenfüllung
 sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt dänischen
Monopoldaunen
 (sehr gefüllt) Pfund 2²⁵, 4 Pfund 4⁵⁰ u. 6 Pfund 6⁵⁰.
 Best. geg. Rücknahme. Verpackung frei.
Gustav Lustig
 Berlin S. 390 Prinzenstr. 46
 Größtes Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

Hygienische
 Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
 empfohlen. viel Aerzte u. Prof. grat. u. g.
 H. Vager, Gummiwarenfabrik
 Berlin NW. Friedrichstraße 31/32

Engelhardt-Malzbier das beliebteste, überall käuflich.
 Preis 10 Pf. pro Flasche. 21901
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.
 Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Gewerkschaftliches.

Gelbe Angestellten-Gewerkschaften.

In der Tagespresse zirkulierte in den letzten Tagen die Notiz, daß in der Maschinenfabrik Nürnberg-Augsburg auf Anregung der Direktion die Angestellten einen gelben Verein gegründet haben, welcher die guten Beziehungen zwischen Angestellten und Betriebsleitung zu wahren gesonnen ist.

Von der bürgerlichen Presse wurde während des ganzen Angestelltenkongresses der Vorstoß der bayerischen Unternehmer als eine Entgleisung bezeichnet, als ein bedauerlicher Mißgriff einer besonders radikalen Unternehmergruppe.

Dafür haben die Leiter der Großfirmen schon längst Harmonievereine für ihre Angestellten zu gründen und zu erhalten gewußt. In den verschiedensten Formen suchte man solche Gründungen in die Wege zu leiten; es wurden gefellige Verbindungen geschaffen, Aneipvereine, Angellubs, Sportgesellschaften usw.

Charakteristisch ist daher die Politik der Großindustrie, den sogenannten Beamtenvereinen ihr besonderes Wohlwollen auszusprechen. Um nur zwei Beispiele aus der Elektroindustrie anzuführen, hat im vorigen Jahre die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, als sie ihre Angestellten durch einen ihrer Direktoren mit „Nähen und Ekel“ öffentlich titulieren ließ, höchst interessant beobachtet, ob auf der darauffolgenden Weihnachtsfeier im Harmonieverein sich auch die zuverlässigen Angestellten wieder zusammengefunden haben.

Wir möchten den Angestellten empfehlen, auf diese Erscheinungen ihr besonderes Augenmerk zu richten. Die gelben Gewerkschaften haben wir in den letzten Jahren als Begleitererscheinungen in den Arbeiterkämpfen entstehen sehen; leider ist es gelungen, hier eine Streikbrecherbande groß zu ziehen, welche bei entscheidenden Gelegenheiten eine Gefahr für die kämpfende Arbeiterschaft bedeutet.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in den feinmechanischen Werken ist beendet, die Sperre hiermit aufgehoben. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kontostrombrüche!

Am 1. Oktober er. tritt die mit der Vereinigung von Buchbindereibesitzern des Geschäftsbüchereifaches Berlins im Jahre 1906 vereinbarte Erhöhung der Stundenlöhne für Arbeiter um 2 Pf. und für Arbeiterinnen um 1 Pf. pro Stunde in Kraft.

Wo der Prinzipal sich weigert, dieser Verpflichtung nachzukommen, ist der Werkstabenvertrauensmann verpflichtet, sofort an untenstehende Adresse Nachricht gelangen zu lassen, damit eine Regelung der Angelegenheit erfolgen kann.

Die Tarifkommission.

J. A.: Fritz Reese, Rummelsburg, Rosfelder Straße 14 II.

Streik der Fensterputzer! Bei der Firma Arnheim u. Co., Rungestraße, sind die Fensterputzer — 60 an der Zahl — wegen fortgesetzter Maßregelungen in den Ausstand getreten, nachdem alle Bemühungen der Organisation, die Angelegenheit in Güte beizulegen, gescheitert sind.

Die Wahlen zum Schiffsenauswahlgremium der Berliner Gastwirtschaften, die dieser Tage vor sich gingen, haben diesmal unter den erbittertesten Kämpfen zwischen den verschiedenen Richtungen in der Schiffsenschaft stattgefunden.

Wir berichteten seinerzeit über die zu Pfingsten d. J. in Berlin abgehaltene Generalversammlung des Zentralvereins der Formstecher und deren Hilfsarbeiter Deutschlands. Diese hatte den Anschluß an den Verband der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe beschlossen, doch sollte darüber noch eine Urabstimmung entscheiden.

Deutsches Reich. Verschmelzung.

Wir berichteten seinerzeit über die zu Pfingsten d. J. in Berlin abgehaltene Generalversammlung des Zentralvereins der Formstecher und deren Hilfsarbeiter Deutschlands. Diese hatte den Anschluß an den Verband der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe beschlossen, doch sollte darüber noch eine Urabstimmung entscheiden.

Achtung, Maurer und Zimmerer! In den verschiedensten Zeitungen werden für Castrup bei Dortmund tüchtige Maurer und Zimmerer gesucht. Es sei darum nochmals darauf hingewiesen, daß die dortigen Maurer seit Wochen im Streik stehen.

Ausland.

Der Kampf in der englischen Baumwollindustrie.

Der in der Baumwollindustrie von Lancashire bereits seit geraumer Zeit andauernde Arbeitsstreik erreichte mit dem heutigen Tage, an dem die für die Annahme des Ultimatus der Arbeitgeber gestellte Frist abließ, seinen Höhepunkt.

Gegen die Ausbeutung durch Seelenverkäufer!

Ein Ausstand der Artisten in den Londoner Variététheatern steht in Aussicht, infolge eines Streites, welcher zwischen dem Verbande der Künstler und den Theaterdirektoren ausgebrochen ist.

Gerichts-Zeitung.

Ein beschleunigter Hausbesitzer.

Die verhängnisvolle Revolvereschizze, die am 3. Oktober sich im Hause Nigaeer Straße 26 abspielte und in der dortigen Gegend so großes Aufsehen erregte, hatte gestern ihr Nachspiel vor einer Abteilung des hiesigen Schöffengerichts.

Hinterkopf geschlagen, so daß er betäubt auf einen Stuhl gesunken sei. Da habe er in der Notwehr den Revolver ergriffen und einen Schuß abgegeben. Eine Person erhielt einen Streifschuß, der Chemann der Angeklagten Veder aber wurde sehr schwer verwundet und Veder ist infolge der Verletzung irrsinnig geworden und mußte nach Herzberge gebracht werden.

Der in der Verhandlung festgestellte Tatbestand macht es unerlässlich, wie das Strafverfahren gegen den Volksschullehrer und Hausbesitzer eingestellt werden konnte. Aber geradezu unerhört ist es, wie der Mann, der erst einen armen Menschen, der in nur allzu berechtigten Horn über den gewalttätigen Einbruch in seine Wohnung gerät, zum Krüppel schießt, und hinterher für einige Schrammen eine Buße von 500 Mark von der Frau verlangt, der durch die blutige Tat der Ernährer genommen ist.

Verfammlungen.

Die Automobilfahrer.

welche im Deutschen Transportarbeiterverband organisiert sind, hielten am Freitag eine gutbesuchte Monatsversammlung ab. Was bietet uns der Entwurf zu einem Automobilhaftpflichtgesetz in juristischer Betrachtung? Ueber dieses wichtige Thema referierte der Verbandsyndikus Rechtsanwält Dr. Wilhelm Guiseh.

